

BACES

Bamberger
Centrum für
Europäische Studien

Otto-Friedrich
Universität Bamberg



Zoltán Juhász, Hans Rattinger

OBERFRANKEN UND DIE EU-OSTERWEITERUNG: ZWISCHEN AUFBRUCH UND SKEPSIS

BACES Discussion Paper No. 6 (2004)

BACES Discussion Papers

Bamberg Center for European Studies (BACES)

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

D-96045 Bamberg

Phone ++49 951 863-2592

Fax ++49 951 35996

Email secretary@baces.uni-bamberg.de

www.baces.uni-bamberg.de

Editors:

Martin Heidenreich, Hans-W. Micklitz, Andreas Oehler,
Hans Rattinger, Johannes Schwarze (Board of BACES Directors)

ISSN: 1614-2594

© 2004 by the Authors

Oberfranken und die EU-Osterweiterung: Zwischen Aufbruch und Skepsis

von Zoltán Juhász und Hans Rattinger

Über Jahrzehnte hinweg schränkten die Grenzen zur DDR und zur Tschechoslowakei die Bewegungsfreiheit der Bürger und die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Oberfranken stark ein. Zunächst führte die deutsche Wiedervereinigung zur Auflösung der Grenze im Norden. Anfang Mai 2004 mündete dann die nach dem Ende des Kalten Krieges verstärkt erfolgte Annäherung an die osteuropäischen Länder in die Aufnahme von zehn ost- und südeuropäischen Staaten in die Europäische Union. Durch diese Erweiterung hat Oberfranken seine Randlage in der Europäischen Union endgültig verloren. Nun stehen die Türen für einen regen Austausch zum gegenseitigen Nutzen nach allen Richtungen offen. Es ist allerdings fraglich, ob sich alle an die EU-Erweiterung geknüpften positiven Erwartungen kurzfristig erfüllen werden. Vielmehr ist zu befürchten, dass insbesondere in den grenznahen Gebieten Oberfrankens – wie bereits nach der deutschen Wiedervereinigung – die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen diesseits und jenseits der bayerisch-tschechischen Grenze zu Problemen und zu Unmut bei größeren Teilen der Bevölkerung führen werden.

Anlässlich der Europawahl 2004 führte die Survey Research Unit des Bamberger Centrums für Europäische Studien (SRU-BACES) gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft II der Universität Bamberg eine Studie in Oberfranken zum Thema Osterweiterung der Europäischen Union durch. Im Rahmen dieser Studie wurden zwischen dem 18. und 25. Juni 2004 insgesamt 504 volljährige Personen telefonisch zu europapolitischen Themen befragt. Da die zentrale Frage überprüft werden soll, ob und inwieweit sich die kürzliche Erweiterung der Europäischen Union auf die Einstellungen der Bewohner Oberfrankens in Abhängigkeit von der Entfernung ihres Wohnortes zur bayerisch-tschechischen Grenze auswirkt, wurden zwei regionale repräsentative Stichproben gezogen. Die erste Stichprobe umfasst 232 Befragte aus den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Grenzgebiet zu Tschechien. Die zweite Stichprobe besteht aus 272 Befragten aus der Stadt und dem Landkreis Bamberg als dem westlich gelegenen Teil des Regierungsbezirks Oberfranken.

Die Datenauswertung erfolgt für beide Regionen sowohl gemeinsam als auch getrennt. Auch wenn die beiden Stichproben für die gesamte

Bevölkerung Oberfrankens nicht vollständig repräsentativ sind, erlauben sie doch einen guten Einblick in die allgemeine Stimmungslage und die politischen Einstellungen der Menschen in diesem Regierungsbezirk. Bei der gemeinsamen Betrachtung der Ergebnisse für beide Regionen wurden die Daten entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl gewichtet. Dass auch innerhalb Oberfrankens beachtliche regionale Unterschiede in den Stimmungslagen und europapolitischen Einstellungen bestehen, verdeutlicht die Gegenüberstellung der Ergebnisse für die Stadt und den Landkreis Bamberg mit den Befunden für die Landkreise Hof und Wunsiedel.


Pessimistische wirtschaftliche Stimmungslage in Oberfranken

Die derzeitige allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland bereitet vielen Oberfranken Sorge. Die große Mehrheit der Befragten (61%) bewertet die derzeitige Situation als „sehr schlecht“ oder als „eher schlecht“, wobei mehr als jeder Vierte die Lage als sehr schlecht bezeichnet (Tabelle 1). Knapp ein Drittel beurteilt die Situation „teils als gut und teils als schlecht“, und nur eine sehr kleine Minderheit schätzt sie als „gut“ oder „sehr gut“ ein (7%). Bedenklich an diesen Einschätzungen ist nicht nur die schlechte Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland, sondern auch die bei der großen Mehrheit der Befragten fehlende Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Erholung. Knapp die Hälfte der Befragten (47%) sieht für das nächste Jahr keine Veränderung voraus. Zudem wird fast zweimal häufiger eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr (34%) erwartet als eine Verbesserung (18%).

Männer tendieren zu positiveren Bewertungen der *gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage* in Deutschland als Frauen. Junge sowie hoch gebildete Befragte beurteilen die Lage zudem deutlich besser als ältere Befragte bzw. Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Die Anhänger von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen schätzen die Lage weniger düster ein als CSU-Anhänger oder Nichtwähler (Tabelle 2). Ungeachtet dieser zum Teil beachtlichen Bewertungsunterschiede überwiegen in allen untersuchten Teilgruppen die negativen gegenüber den positiven Einschätzungen bei weitem. Teilgruppen mit vergleichsweise weniger negativen Urteilen zeichnen sich dabei nicht unbedingt durch einen höheren Anteil von positiven Bewertungen aus, sondern vielmehr durch die überdurchschnittlich häufige Bewertung der wirtschaftlichen Lage als „teils gut und teils schlecht“. Bei Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen übersteigen beispielsweise die

negativen Bewertungen die positiven „nur“ um 35 Prozentpunkte, während die entsprechende Differenz für die niedrig Gebildeten bei 67 Prozentpunkten liegt (Tabelle 1). Dafür ist der Anteil der Indifferenten bei den höher Gebildeten mit 47 Prozent etwa doppelt so groß wie bei den Befragten mit niedrigen Schulabschlüssen (23%).

Tabelle 1

	Gesamt	Geschlecht		Alter				Bildung			
		Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch	
		 Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland heute und in einem Jahr / 1									
Basis: alle Befragte – Prozentangaben*, Differenzen											
Wie beurteilen Sie die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?	sehr gut	1%	1%	0%	3%	1%	0%	0%	0%	1%	1%
	gut	6%	8%	4%	5%	7%	5%	3%	5%	4%	8%
	teils gut/teils schlecht	32%	33%	31%	44%	31%	28%	29%	23%	30%	47%
	eher schlecht	34%	37%	33%	39%	38%	34%	28%	29%	42%	34%
	sehr schlecht	27%	21%	32%	9%	23%	33%	40%	43%	23%	10%
	Differenz¹	-54%	-49%	-61%	-40%	-53%	-62%	-65%	-67%	-60%	-35%
Wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?	besser	18%	21%	15%	26%	18%	14%	14%	12%	13%	29%
	gleich bleibend	47%	50%	45%	49%	49%	48%	43%	42%	49%	52%
	schlechter	34%	28%	39%	24%	33%	35%	40%	43%	37%	19%
	Differenz²	-16%	-7%	-24%	+2%	-15%	-21%	-26%	-31%	-24%	+10%

* Differenz zu 100% = „weiß nicht“/„keine Angabe“
 Differenz¹: („sehr gut“ + „gut“) – („eher schlecht“ + „sehr schlecht“); Differenz²: „besser“ – „schlechter“

Diese Aussagen treffen weitgehend auch auf die Einschätzungen der *zukünftigen wirtschaftlichen Lage* in Deutschland zu (Tabelle 1 und 2). Allerdings sind die Differenzen zwischen optimistischen und pessimistischen Erwartungen weniger ausgeprägt als die zwischen positiven und negativen Bewertungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Zudem übersteigt bei den unter 30-Jährigen, bei den höher Gebildeten und den Anhängern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Anteil der Optimisten den der Pessimisten. Dennoch erwarten auch in diesen vergleichsweise optimistischen Teilgruppen nur zwischen rund einem Viertel und einem Drittel der Befragten eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr.

Tabelle 2

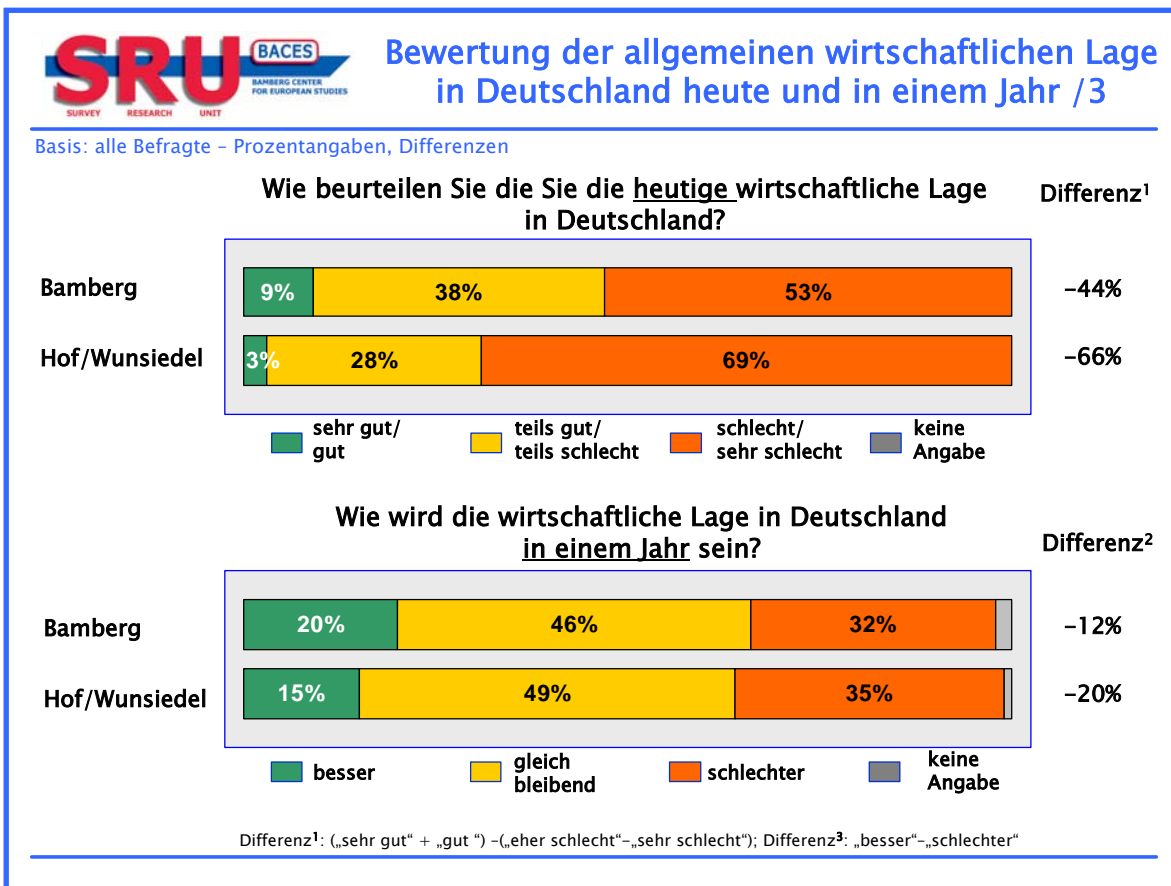
		Bundestagswahlabsicht						
		Gesamt	CSU	SPD	B90/ Grüne	Andere Parteien	Nicht- wähler	w.n./ k.A.
Wie beurteilen Sie die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?								
	sehr gut	1%	1%	0%	2%	0%	0%	1%
	gut	6%	3%	9%	16%	2%	0%	7%
	teils gut/teils schlecht	32%	25%	48%	44%	39%	26%	29%
	eher schlecht	34%	41%	23%	30%	43%	32%	33%
	sehr schlecht	27%	30%	20%	8%	16%	42%	30%
Differenz¹		-54%	-67%	-34%	-20%	-57%	-74%	-55%
Wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?								
	besser	18%	14%	34%	33%	14%	9%	10%
	gleich bleibend	47%	55%	48%	49%	42%	34%	44%
	schlechter	34%	29%	18%	18%	44%	56%	44%
Differenz²		-16%	-15%	+16%	+15%	-30%	47%	-34%

* Differenz zu 100% = „weiß nicht“/„keine Angabe“
Differenz¹: („sehr gut“ + „gut“) – („eher schlecht“ + „sehr schlecht“); Differenz²: „besser“ – „schlechter“

Die ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen in den beiden oberfränkischen Untersuchungsregionen spiegeln sich in den Einschätzungen der Befragten sowohl hinsichtlich der gegenwärtigen als auch der zukünftigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland wider. Die Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage in Hof und Wunsiedel sind deutlich negativer bzw. pessimistischer als in Bamberg und Umgebung. Während in Bamberg und Umgebung 53 Prozent die *gegenwärtige* wirtschaftliche Lage als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ und neun Prozent als „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen, betragen die entsprechenden Anteile für Hof und Wunsiedel 69 bzw. drei Prozent (Schaubild 1). Weniger stark ausgeprägt sind die regionalen Unterschiede bei den Erwartungen bezüglich der *zukünftigen* wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr erwarten geringfügig mehr Befragte aus Hof und Wunsiedel (35%) als aus dem Bamberger Raum (32%). Dafür ist wirtschaftlicher Optimismus dort häufiger anzutreffen (20%) als im Grenzgebiet zu Tschechien (15%). Neben der ungleichen wirtschaftlichen Prosperität in den beiden Regionen dürften auch die tatsächlichen oder erwarteten Auswirkungen der EU-Osterweite-

zung einen Einfluss auf die regional unterschiedlichen wirtschaftlichen Bewertungen und Erwartungen haben.

Schaubild 1

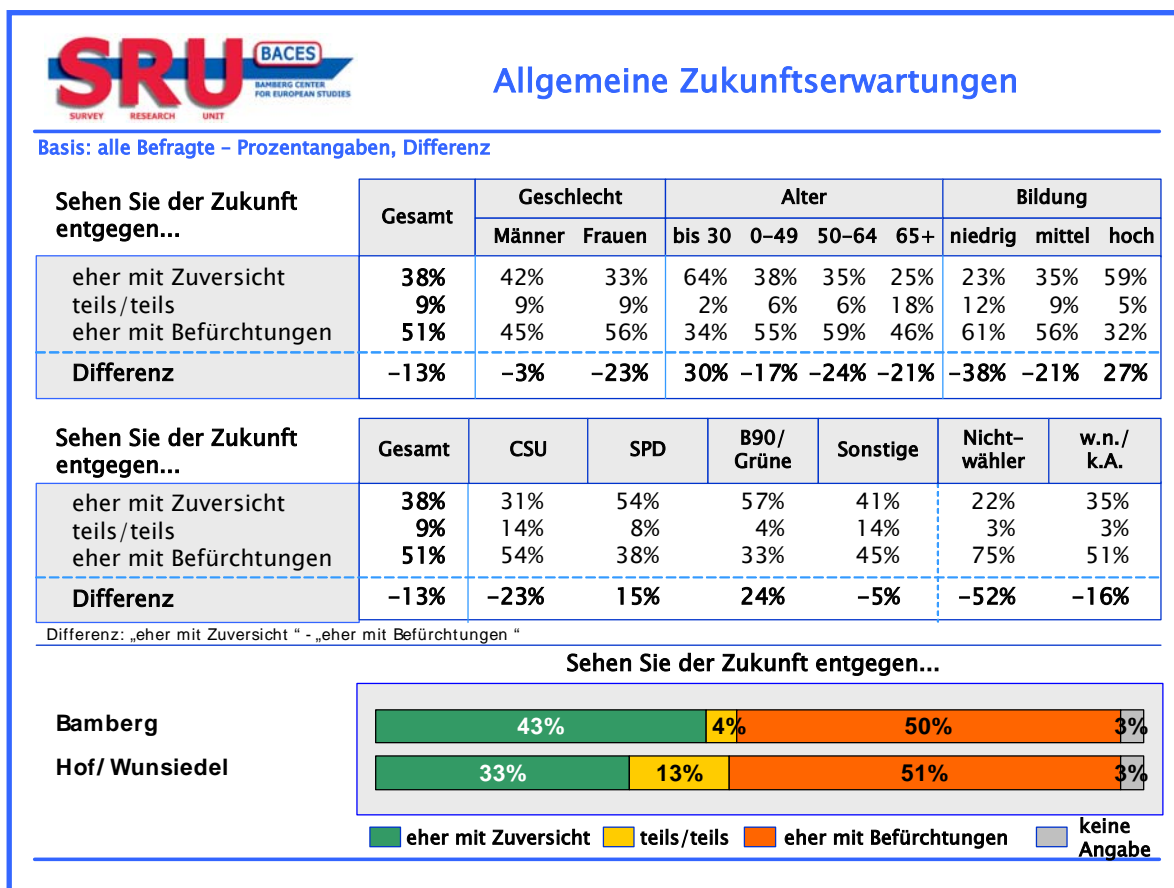


Banger Blick in die Zukunft

Das in Deutschland derzeit immer wieder beklagte Fehlen von Aufbruchstimmung und Optimismus ist in Oberfranken ebenfalls zu beobachten. Rund jeder zweite Befragte sieht der Zukunft „eher mit Befürchtungen“ entgegen (Tabelle 3). Bei neun Prozent halten sich Zuversicht und Befürchtungen die Waage, und nur bei rund 38 Prozent herrscht Optimismus vor. Frauen (33%) zeigen sich seltener zuversichtlich als Männer (42%), und der Optimismus nimmt mit steigendem Alter der Befragten stark ab. Während bei den jüngeren Befragten die Zuversicht (64%) noch klar überwiegt, sieht nur jeder Vierte der über 65-Jährigen optimistisch in die Zukunft. Allerdings werden Befürchtungen nicht von der ältesten Gruppe (46%), sondern von den 50- bis 64-Jährigen (59%) am häufigsten geäußert. Der stark verbreitete Pessimismus bei Befragten im Vorrentenalter dürfte durch die angekündigten und bereits eingeleiteten Änderungen der sozialen Sicherungssysteme bedingt sein, denn viele Befragte aus dieser Altersgruppe

müssen vermutlich mit spürbaren finanziellen Einbußen und schlechterer Versorgung im hohen Alter rechnen, ohne noch aus eigener Kraft entscheidend gegensteuern zu können.

Tabelle 3



Nicht alle Bevölkerungsschichten fühlen sich durch die erwarteten sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen gleichermaßen betroffen. Vielmehr hängt der Zukunftsoptimismus stark vom sozioökonomischen Status der Befragten ab, für den der erreichte formale Bildungsabschluss ein guter Indikator ist. Höhere Bildung bedeutet nach wie vor, sowohl mehr Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung als auch zur besseren Absicherung für die Zukunft zu haben. Entsprechend wird Zuversicht besonders selten von Personen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen (23%) geäußert (Tabelle 3). Befragte mit mittleren Schulabschlüssen sehen schon etwas zuversichtlicher in die Zukunft (35%), doch erst unter den höher Gebildeten stellen die Optimisten die Mehrheit (59%).

Die parteipolitischen Orientierungen prägen nicht nur die Einschätzungen der heutigen und zukünftigen Wirtschaftslage, sondern auch die allgemeinen Zukunftsaussichten nachhaltig. Die bundespolitischen Bewertungen

sind dabei offenkundig wichtiger als die landespolitischen, denn jeweils die klare Mehrheit der Anhänger der in Berlin regierenden Parteien, SPD (54%) und Bündnis 90/Die Grünen (57%), zeigen sich zuversichtlich, während die Mehrheit der CSU-Anhänger „eher Befürchtungen“ hinsichtlich der Zukunft äußert (Tabelle 3). Die Regierungsmacht der CSU in Bayern führt also nicht dazu, dass die CSU-Anhänger zuversichtlicher in die Zukunft schauen als die Anhänger der im bayerischen Landtag vertretenen Oppositionsparteien. Vielmehr ist bei den Anhängern der CSU und der anderen Parteien, zu denen hier auch die FDP gezählt wird, eine Verunsicherung zu beobachten, was sich in einem überdurchschnittlich hohen Anteil der „teils/teils“-Antworten (14%) niederschlägt. Dass Pessimismus bei den Nichtwählern (75%) am häufigsten anzutreffen ist, kann nicht überraschen. Dieses Ergebnis bekräftigt jedoch die Annahme, dass die zunehmende Abwendung von der Politik meist nicht aus Bequemlichkeit, sondern vor allem aus Unzufriedenheit über bestehende Verhältnisse und wegen fehlender Hoffnung auf positive Veränderungen erfolgt.

Die Zukunftsaussichten unterscheiden sich in den beiden oberfränkischen Regionen (Tabelle 3). Zwar ist der Anteil der Pessimisten in beiden Regionen etwa gleich groß, doch Befragte aus der Gegend um Hof und Wunsiedel sehen wesentlich häufiger mit gemischten Gefühlen in die Zukunft, zudem sind sie seltener zuversichtlich (33%) als Befragte aus Bamberg und Umgebung (43%). Für die Sichtweisen der Befragten und für die deutlichen regionalen Unterschiede dürfte die bereits beschriebene unterschiedliche gegenwärtige und erwartete wirtschaftliche Lage der eigenen Region von großer Bedeutung sein.

Geringe Zustimmung zur Demokratie in Deutschland – Distanz zur Demokratie in der Europäischen Union

Die allgemein schlechte Stimmungslage und die schlechten Einschätzungen der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland lassen die grundlegenden politischen Einstellungen nicht unberührt. Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland derzeit funktioniert, ist mittlerweile nur noch eine Minderheit von 42 Prozent der Befragten „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ (Tabelle 4). Ein gleich großer Anteil ist lediglich „eher unzufrieden“, und 15 Prozent aller Befragten zeigen sich sogar mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, „überhaupt nicht“ zufrieden.

Tabelle 4

		Gesamtheit		Alter				Bildung		
		Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland?										
sehr zufrieden	4%	3%	5%	5%	3%	7%	4%	3%	3%	7%
ziemlich zufrieden	38%	41%	35%	52%	40%	33%	29%	31%	37%	48%
eher unzufrieden	42%	41%	44%	38%	41%	43%	47%	45%	45%	36%
überhaupt nicht zufrieden	15%	15%	15%	5%	16%	16%	18%	20%	14%	9%
weiß nicht/keine Angabe	1%	0%	1%	0%	0%	1%	2%	1%	1%	0%
Differenz	-15%	-11%	-19%	+14%	-14%	-19%	-32%	-31%	-19%	10%
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in der EU?										
sehr zufrieden	2%	2%	1%	1%	2%	2%	2%	0%	2%	3%
ziemlich zufrieden	30%	32%	28%	47%	27%	31%	22%	24%	33%	35%
eher unzufrieden	41%	36%	45%	36%	47%	38%	37%	36%	46%	43%
überhaupt nicht zufrieden	16%	20%	13%	9%	16%	20%	17%	24%	8%	14%
weiß nicht/keine Angabe	11%	10%	13%	7%	8%	9%	22%	16%	11%	5%
Differenz	-26%	-22%	-29%	+4%	-35%	-24%	-32%	-36%	-19%	-19%

Differenz: („sehr zufrieden“ + „ziemlich zufrieden“) – („eher unzufrieden“ + „überhaupt nicht zufrieden“)

Frauen sind entsprechend ihrer geringeren allgemeinen Zuversicht und ihrer schlechteren Bewertung der ökonomischen Lage etwas seltener zufrieden mit der Demokratie in Deutschland als Männer. Stärker als das Geschlecht differenzieren allerdings das Alter und die Bildung der Befragten. Bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Demokratiezufriedenheit der jungen und höher gebildeten Befragten sowie die gegenüber früheren Jahrzehnten veränderte Beziehung zwischen Demokratiezufriedenheit und Alter bzw. Bildung. Bis in die 80er-Jahre waren vor allem die Jungen mit höheren Bildungsabschlüssen skeptisch gegenüber der Demokratie in Deutschland eingestellt, zudem stieg mit fortschreitendem Alter die grundsätzliche Zustimmung zum politischen System tendenziell an. Die Verhältnisse haben sich sowohl auf Bundesebene als auch in Oberfranken umgekehrt, wobei die Veränderungen weniger durch den Einstellungswandel bei der Jugend erfolgt sind als vielmehr durch die stetige Abnahme der Demokratiezufriedenheit bei den früher in höherem Maße zufriedenen älteren Jahrgängen und Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Die aktuell für Oberfranken aufgezeigten Ergebnisse sind somit mit den für Deutschland belegten Trends vereinbar.

Tabelle 5

		Bundestagswahlabsicht					
		Gesamt	CSU	SPD	B90/ Grüne	Andere Parteien	Nicht- wähler
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland?							
sehr zufrieden	4%	6%	3%	4%	5%	4%	1%
ziemlich zufrieden	38%	40%	45%	61%	20%	17%	37%
eher unzufrieden	42%	43%	48%	29%	41%	41%	46%
überhaupt nicht zufrieden	15%	9%	4%	6%	34%	38%	16%
Weiß nicht/keine Angabe	1%	2%					
Differenz		-15%	-6%	-4%	31%	-50%	-23%
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in der EU?							
sehr zufrieden	2%	2%	1%	2%		3%	1%
ziemlich zufrieden	30%	33%	36%	43%	25%	12%	24%
eher unzufrieden	41%	38%	44%	37%	48%	45%	41%
überhaupt nicht zufrieden	16%	17%	8%	12%	20%	25%	16%
Weiß nicht/keine Angabe	11%	10%	11%	6%	7%	15%	18%
Differenz		-26%	-20%	-14%	-4%	-43%	-31%

Differenz: („sehr zufrieden“ + „ziemlich zufrieden“) – („eher unzufrieden“ + „überhaupt nicht zufrieden“)

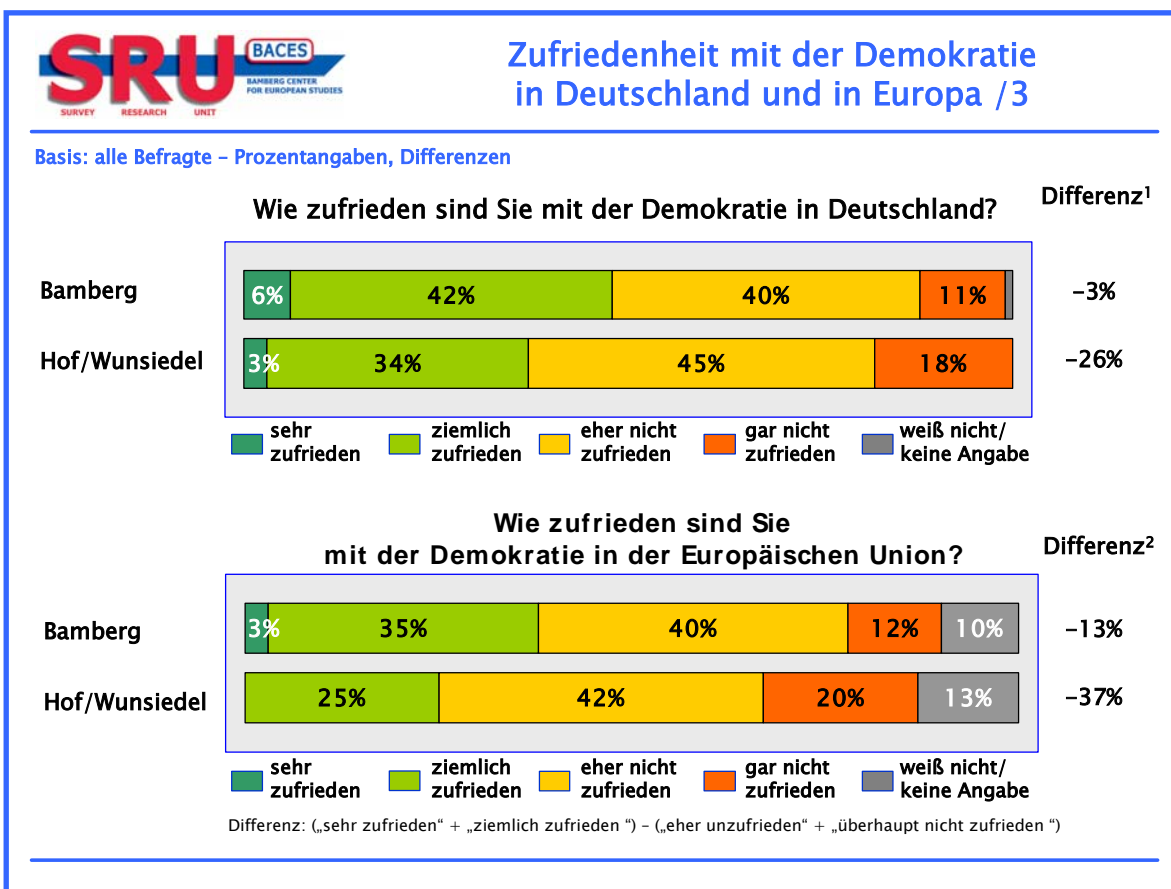
Zu diesen Befunden passt auch, dass die Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen, die nach wie vor eher durch jüngere und vor allem höher gebildete Personen unterstützt werden, mittlerweile die einzige Gruppe ist, die eine mehrheitlich positive Bewertung der Demokratie in Deutschland abgibt (Tabelle 5). Dies ist insoweit nicht selbstverständlich, als die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen über Jahrzehnte hinweg eine eher kritische Einstellung zur deutschen Demokratie hatten. Offenkundig haben die Regierungsbeteiligungen dieser Partei auf Kommunal-, Landes- und seit einigen Jahren auch auf Bundesebene die Ansichten ihrer Anhänger entscheidend verändert, denn rund zwei Drittel von ihnen sind in Oberfranken mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“, während jeweils weniger als die Hälfte der Anhänger von CSU (46%) und SPD (48%) vergleichbar positive Bewertungen abgibt. Besonders gering ist die Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Anhängern anderer Parteien (25%) und bei den bekennenden Nichtwählern (22%), von denen 34 bzw. 38 Prozent mit der deutschen Demokratie sogar „überhaupt nicht“ zufrieden sind.

Entsprechend der etwas besseren allgemeinen und wirtschaftlichen Stimmungslage sind in Bamberg und Umgebung mit 48 Prozent mehr Befragte mit der Demokratie in Deutschland „sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden als in den grenznahen Gebieten zu Tschechien (37%) (Schaubild 2). Ein beachtlicher Anteil von elf bzw. 18 Prozent ist in beiden Regionen allerdings mit der Demokratie in Deutschland „überhaupt nicht“ zufrieden. Dieser Befund sollte als ein Warnsignal gewertet werden, da die in den wirtschaftlich guten Zeiten langsam aufgebaute allgemeine Unterstützung des politischen Systems zunehmend schwindet und somit immer weniger in der Lage ist, die Unzufriedenheit der Bürger zu relativieren.

Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union ist deutlich seltener anzutreffen als Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, sind nur 32 Prozent „sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden, 41 Prozent sind „eher nicht zufrieden“ und 16 Prozent „überhaupt nicht zufrieden“ (Tabelle 4). Auffällig ist, dass der Anteil der „eher nicht“ und „überhaupt nicht“ Zufriedenen bei dieser Frage ähnlich groß ist wie bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Damit wird die Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, nicht von größeren Anteilen abgelehnt als die Demokratie in Deutschland. Vielmehr fehlen vielen Befragten eher die Grundlagen für die Bewertungen der Demokratie in der EU, denn immerhin zwölf Prozent äußern keine Meinung. Freilich liefert die Europäische Union mit ihrem hohen Ausmaß an Bürokratie und mit den für Durchschnittsbürger oft nur schwer durchschaubaren Entscheidungsprozessen wenig Anlass für Zufriedenheit.

Die derzeit geringe Zustimmung zur Demokratie in der EU sollte man allerdings nicht auf eine vergleichbare Abnahme der Zufriedenheit in den letzten Jahrzehnten wie auf nationaler Ebene zurückführen, denn die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa war bei den Deutschen auch in den Vorjahren nicht viel höher. Eher dürften die verbreitete Unkenntnis und die bestehende Skepsis gegenüber der Demokratie in der EU trotz der Erweiterungs- und Vertiefungsprozesse der letzten Jahrzehnte fortbestehen. Auf jeden Fall erscheint es auf der Grundlage der vorhandenen Daten höchst unplausibel, eine Verschiebung der Zustimmung zur Demokratie von der nationalen auf die europäische Ebene anzunehmen.

Schaubild 2



Die Beziehungen zwischen Alter und Bildung der Befragten einerseits und ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU andererseits sind, bis auf einige Besonderheiten, mit den für die Demokratiezufriedenheit auf nationaler Ebene aufgezeigten Zusammenhängen vergleichbar (Tabelle 4). Frauen sind erneut weniger zufrieden als Männer. Die Zustimmung zur Demokratie in der EU nimmt mit dem Alter stetig ab, wobei die über 65-Jährigen insoweit auffallen, als sie besonders häufig keine Meinung zur Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, haben (22%). Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zeichnen sich ebenfalls durch überdurchschnittlich häufig fehlende Angaben aus (16%). Während die Differenz zwischen Zufriedenen und Unzufriedenen mit der Demokratie in Deutschland und der EU bei Befragten mit niedrigen und mittleren Abschlüssen recht ähnlich ist, unterscheidet sie sich bei den höher Gebildeten. Die zuletzt genannte Gruppe ist somit zwar mehrheitlich mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, mit der Demokratie in der EU aber unzufrieden. Während bei den niedrig Gebildeten folglich vor allem

Unkenntnis über die Demokratie in der EU herrscht, hat bei höher Gebildeten die Unzufriedenheit mit der Demokratie größere Bedeutung.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU fallen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sowie die bekennenden Nichtwähler besonders auf (Tabelle 5). Nichtwähler haben zwar seltener eine Meinung zur Demokratie in Europa als zur Demokratie in Deutschland, die Differenz zwischen Zufriedenen und Unzufriedenen ist aber in beiden Fällen vergleichbar. Diese Gruppe hat also eine ähnliche Meinung von der Demokratie in Deutschland und in der EU, wobei sie die Demokratie in der EU allerdings wesentlich seltener bewertet. Demgegenüber geben die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen zur Demokratie in der EU überdurchschnittlich häufig eine Einschätzung. Zudem bewerten sie die Demokratie auf den beiden Ebenen deutlich unterschiedlich. Während die mit der deutschen Demokratie zufriedenen Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen die Unzufriedenen um 30 Prozentpunkte übertreffen, gibt es etwas mehr Anhänger, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, unzufrieden sind.

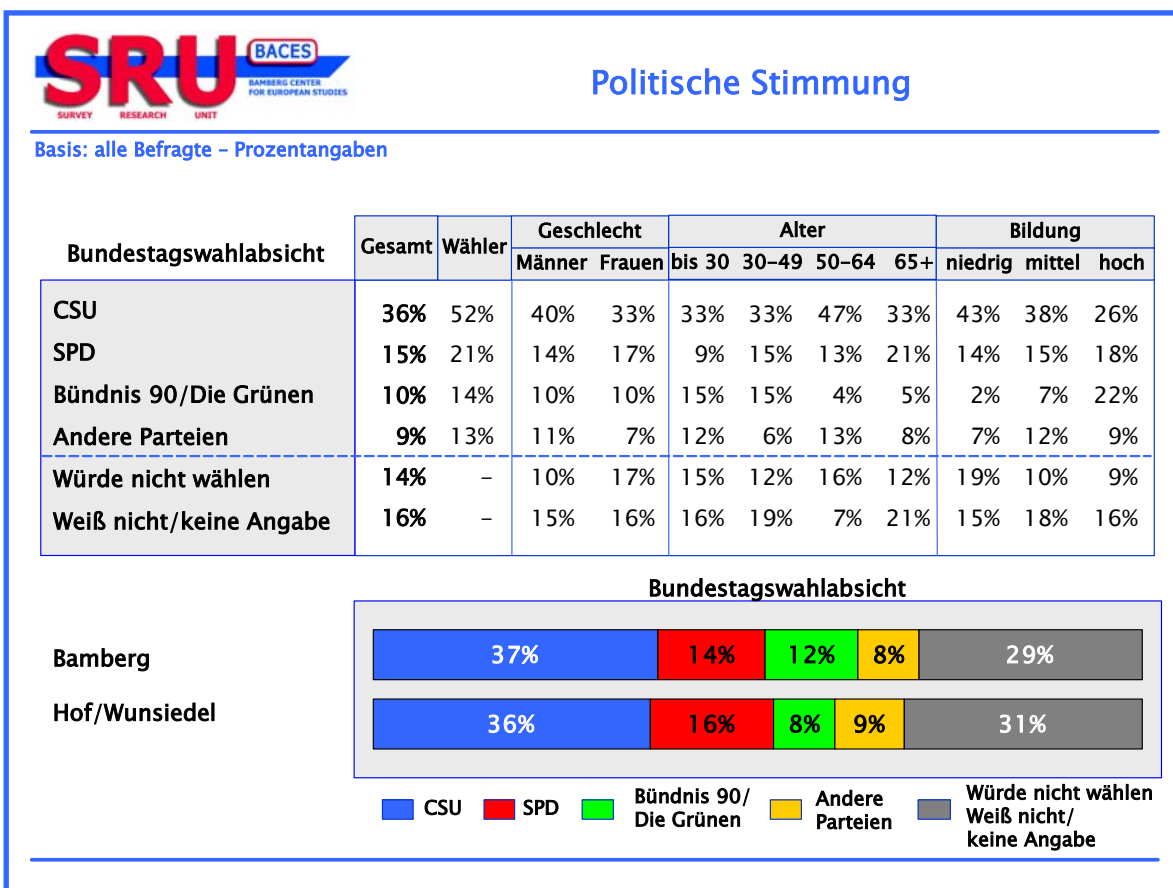
Die Befragten aus der Region Hof und Wunsiedel sind mit der Demokratie in Europa deutlich seltener zufrieden als die aus dem Bamberger Raum. In den grenznahen Gebieten zu Tschechien zeigt sich kein Befragter „sehr zufrieden“, und nur jeder Vierte war „ziemlich zufrieden“, während immerhin 38 Prozent aus den westlichen Landkreisen mit der Demokratie in der EU „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ sind. In Hof und Wunsiedel sind 20 Prozent „überhaupt nicht zufrieden“, in Bamberg und Umgebung zwölf Prozent. Ob diese Unzufriedenheit in den grenznahen Regionen mit der EU-Osterweiterung in Beziehung steht, kann aufgrund der bisher berichteten Ergebnisse nur vermutet werden.

Politische Stimmung und Wahl zum Europäischen Parlament 2004

Auf die Sonntagsfrage geben rund 30 Prozent entweder keine Antwort oder würden sich an diesen Wahlen nicht beteiligen (Tabelle 6). Dieser hohe Anteil von potentiellen Nichtwählern signalisiert die derzeit geringe Bereitschaft zur politischen Beteiligung, was vermutlich durch die verbreitete Unzufriedenheit mit der Politik der großen Volksparteien bedingt ist. Der hier ermittelte Nichtwähleranteil liegt mit 30 Prozent über dem entsprechenden Anteil bei den letzten Bundestagswahlen, als sich rund jeder fünfte Wahlberechtigte nicht an der Wahl beteiligte. Dies ist insoweit bemerkenswert, als die Wahlbeteiligungsabsicht in repräsentativen Umfragen meist eher über- als unterschätzt wird. Das liegt vor allem daran, dass

politisch uninteressierte Bürger sich nicht nur an Wahlen, sondern auch an Umfragen nur unterdurchschnittlich häufig beteiligen. Somit wenden sich derzeit offensichtlich besonders viele Wähler von der Politik ab.

Tabelle 6



Die politische Stimmung ist im Juni 2004, wie bereits in den Vormonaten, für die CSU sehr günstig, während die Verunsicherung vor allem der SPD-Wähler auch in Oberfranken sichtbar ist (Tabelle 6). Von den Befragten mit einer Wahlabsicht würde über die Hälfte ihre Stimme der CSU geben (52%; vgl. Tabelle 7 im Anhang), während die SPD nur auf 21 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen auf 14 Prozent der Stimmen kämen. Für die positive Stimmungslage zugunsten der CSU spricht auch, dass sie im Gegensatz zur SPD auch bei den unter 30-Jährigen große Unterstützung erhält und unter den älteren Wählern, die sich an ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002 nicht mehr genau erinnern, die CSU mit deutlichem Abstand die beliebteste Partei ist.

Gewichtet man die Ergebnisse der aktuellen Sonntagsfrage mit der Rück Erinnerung an die Bundestagswahl 2002, erhält man ein noch realistischeres Bild für die politische Stimmungslage im Juni 2004 in Oberfran-

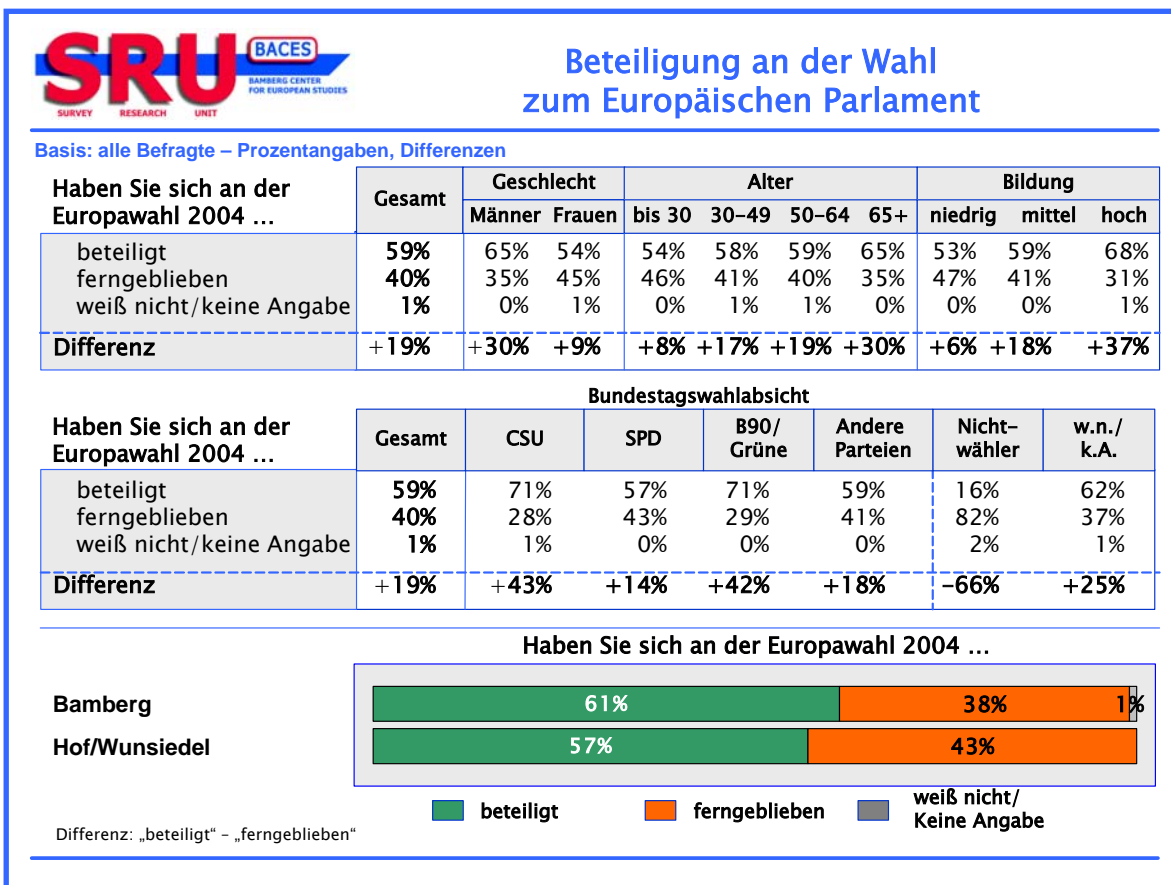
ken. Danach erhalte die CSU 61 Prozent, die SPD käme nur auf 15 und Bündnis 90/Die Grünen auf elf Prozent der Stimmen. Die anderen Parteien, zu denen auch die FDP gehört, würden zusammen 13 Prozent erzielen (Tabelle 7 im Anhang). Dass vor allem die SPD-Anhänger durch den Reformkurs der Bundesregierung verunsichert sind, zeigt sich an dem geringen Anteil der SPD-Wähler bei der Bundestagswahl 2002, die ihre Stimme nach wie vor dieser Partei gäben. Die Haltequote für die SPD-Wähler ist mit 43 Prozent besonders niedrig (Tabelle 8 im Anhang). Eine Abwanderung von der SPD findet dabei nicht nur innerhalb des linken Lagers zur Partei des Koalitionspartners in Berlin (8%) statt, sondern in noch größerem Umfang zur CSU (15%). Die größte Gruppe der Abwanderer von der SPD würde sich allerdings an einer Wahl am nächsten Sonntag gar nicht beteiligen (18%). Im Gegensatz dazu geben immerhin 85 Prozent der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen aus 2002 an, ihre Partei wieder wählen zu wollen, und auch unter den CSU-Wählern ist die Haltequote mit 70 Prozent beachtlich hoch. Für die CSU-Wähler und in noch höherem Maße für die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen kommen somit andere Parteien als politische Alternative kaum in Betracht. Wenn ein Wechsel erwogen wird, erfolgt dieser meist in das Lager der Nichtwähler.

Die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 wird durch die Angaben der Befragten erwartungsgemäß überschätzt. Knapp 60 Prozent der Befragten geben an, ihre Stimme abgegeben zu haben, obwohl das amtliche Wahlergebnis für Bayern lediglich eine Wahlbeteiligung von knapp unter 40 Prozent ausweist (Tabelle 9). Die Beteiligung an der Wahl war bei Männern höher als bei Frauen. Erwartungsgemäß stieg die Wahlbeteiligung ebenfalls mit höherem Lebensalter und höheren Bildungsabschlüssen. Die Anhänger der CSU und von Bündnis 90/Die Grünen konnten wesentlich stärker mobilisiert werden als die Anhänger der SPD oder der anderen Parteien. Die im Vergleich zu den Landkreisen Hof und Wunsiedel höhere Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament in der Stadt und Landkreis Bamberg zeigt sich schließlich auch anhand der Umfrageergebnisse.

Zu den wichtigsten Gründen für die weit verbreitete Wahlenthaltung bei der Europawahl zählen Verhinderung aufgrund von Krankheit, Arbeit oder Urlaub (25%, vgl. Tabelle 10) und Protest bzw. Politikverdrossenheit (23%). Darüber hinaus haben 19 Prozent kein Interesse an der Wahl zum Europäischen Parlament oder fühlen sich nicht genug informiert. 14 Prozent der Befragten sind ferner der Überzeugung, dass man ohnehin keinen politischen Einfluss habe und es deshalb sinnlos sei, an der Wahl teilzunehmen. Eine ausgesprochene Europaskepsis führen nur neun Prozent der Befragten als Grund für Nichtwahl an. Weitere Gründe für Wahlenthaltung

sind Vergessen und unterschiedliche technische Gründe. Befragte haben unter anderem versäumt die Briefwahl zu beantragen, haben aus Versehen die Wahlbenachrichtigung weggeworfen oder sind gerade umgezogen und haben deshalb keine Wahlbenachrichtigung erhalten.

Tabelle 9




Frauen und Männer nennen ähnlich oft persönliche Gründe wie Krankheit, Arbeit oder Urlaub als Ursachen für Wahlenthaltung. Männer geben allerdings etwas häufiger Protest und Politikverdrossenheit, Frauen dagegen eher Macht- und Einflusslosigkeit als Gründe für ihre Wahlenthaltung an. Bei den Jungen spielen vor allem Verhinderung aufgrund von Arbeit oder Urlaub sowie Desinteresse an der Wahl eine wichtige Rolle, während bei den über 65-Jährigen vor allem Politikverdrossenheit und wahrgenommene Sinnlosigkeit einer Wahlteilnahme für die Nichtwahl verantwortlich sind. Befragte mit niedrigen Bindungsabschlüssen wollen mit ihrer Wahlenthaltung vor allem ihre Politikverdrossenheit und ihr Desinteresse ausdrücken, wogegen bei den höher Gebildeten die Verhinderung aufgrund persönlicher Gründe die wichtigste Ursache für Nichtwahl ist.

Tabelle 10

		Geschlecht		Alter				Bildung		
		Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch
Gesamt										
Persönliche Gründe (z.B. Krankheit, Urlaub)	25%	25%	24%	30%	23%	35%	12%	19%	26%	34%
Politikverdrossenheit/ Protest	23%	27%	21%	3%	23%	31%	31%	29%	23%	13%
Kein Interesse/ Nicht Informiert	19%	22%	18%	44%	18%	7%	14%	21%	24%	13%
Einflusslosigkeit/ Sinnlosigkeit	14%	6%	20%	11%	11%	12%	26%	14%	15%	11%
Europaskepsis	9%	12%	6%	6%	12%	9%	5%	7%	7%	13%
Technische Gründe	4%	2%	5%	3%	6%	0%	6%	4%	2%	7%
Vergessen	4%	5%	3%	3%	4%	5%	0%	2%	3%	7%
Weiß nicht/keine Angabe	2%	1%	3%	0%	3%	0%	7%	4%	0%	2%

Im Gegensatz zu den Rückerinnerungen an die Wahlteilnahme zur Bundestagswahl 2002 entsprechen die Rückerinnerungen an die Stimmabgabe bei der Wahl zum Europäischen Parlament in ihrer Größenordnung weitgehend den amtlichen Endergebnissen. Die CSU erhielt laut Umfragedaten 56 Prozent der Stimmen, gefolgt von der SPD mit 18 und Bündnis 90/Die Grünen mit 13 Prozent (Tabelle 11). Weitere 13 Prozent der Befragten geben an, eine andere Partei gewählt zu haben. Während der ermittelte Stimmenanteil für die SPD dem amtlichen Wahlergebnis genau entspricht und auch der Anteil der anderen Parteien sehr gut getroffen wird (-1%), wird der Anteil für die CSU etwas unter- (-4%), der Anteil von Bündnis 90/Die Grünen dafür überschätzt (+5%). Insgesamt steigern diese akkuraten Werte das Vertrauen in die Genauigkeit und Aussagekraft der vorliegenden Befragungsuntersuchung.

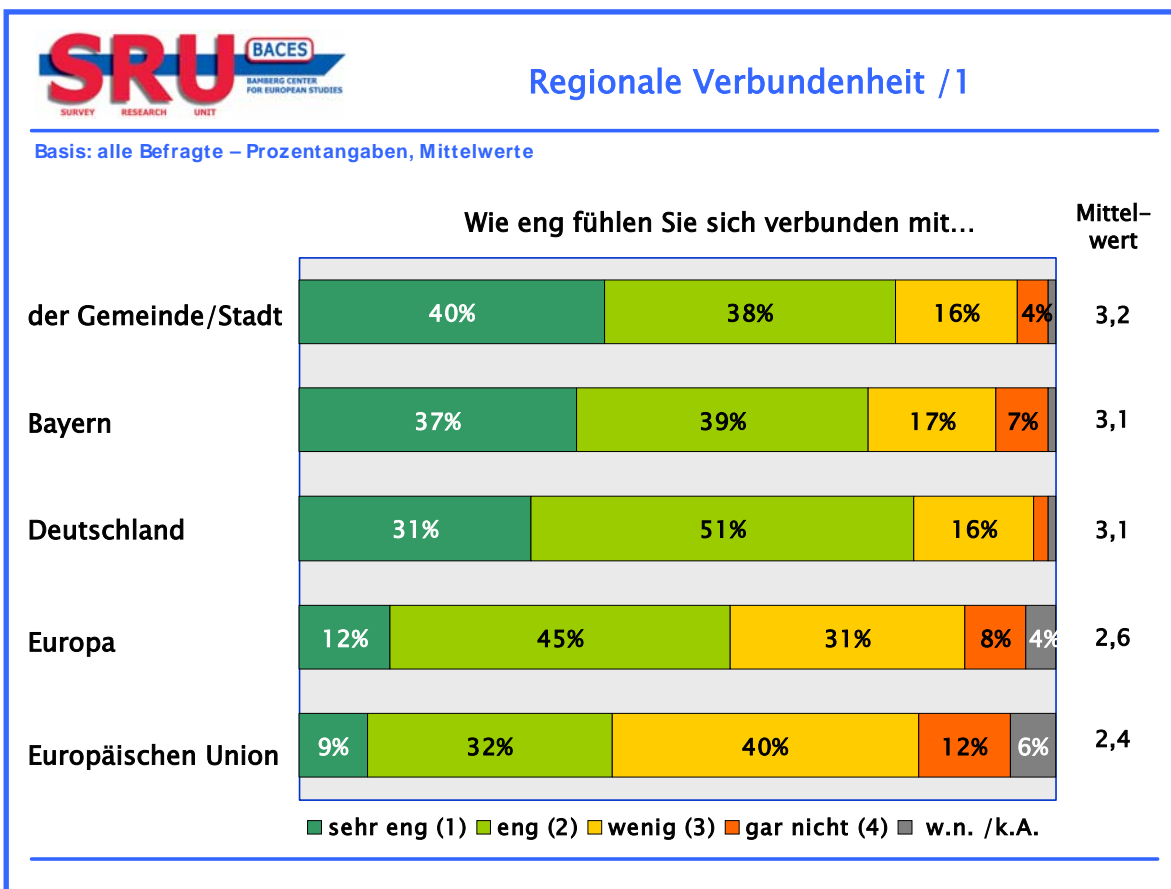
Tabelle 11

		 Rück Erinnerung EU-Wahl 2004								
Basis: alle Befragte – Prozentangaben										
	Gesamt	Geschlecht		Alter				Bildung		
		Männer	Frauen	bis 30	30–49	50–64	65+	niedrig	mittel	hoch
CSU	44%	42%	46%	38%	35%	61%	46%	57%	51%	25%
SPD	14%	14%	13%	4%	17%	13%	14%	14%	15%	13%
B90/Grüne	11%	8%	14%	27%	13%	3%	4%	0%	4%	28%
Sonstige	11%	11%	11%	11%	9%	13%	13%	12%	12%	7%
w.n./k.A.	20%	25%	16%	20%	26%	10%	23%	17%	18%	27%

Nüchterne Beziehungen zu Europa und der Europäischen Union

Die große Mehrheit der Oberfranken fühlt sich mit ihrem Wohnort, Bayern und Deutschland „eng“ oder sogar „sehr eng“ verbunden (Schaubild 3). Eine „sehr enge“ Verbundenheit wird erwartungsgemäß besonders häufig mit der unmittelbaren Umgebung, also mit der Stadt oder Gemeinde, in der man lebt, bekundet (40%). Beinahe ebenso viele Befragte zeigen sich aber auch mit Bayern verbunden (37%). Dies ist nicht selbstverständlich, denn nicht überall in Deutschland hat die Bevölkerung eine derart enge Bindung zum eigenen Bundesland. Sehr enge Verbundenheit mit Deutschland ist zwar etwas seltener (31%) als mit der Gemeinde oder mit dem Bundesland, doch dafür fühlt sich zusätzlich jeder zweite Befragte mit Deutschland „eng“ verbunden. Somit bekundet jeweils ein ähnlich großer Anteil von Befragten (ca. 80%) eine enge Verbundenheit mit dem Wohnort, Bayern und Deutschland. Die stärkere lokale Verbundenheit zeigt sich somit vor allem an dem Anteil der Personen mit starken Verbundenheitsgefühlen.

Schaubild 3

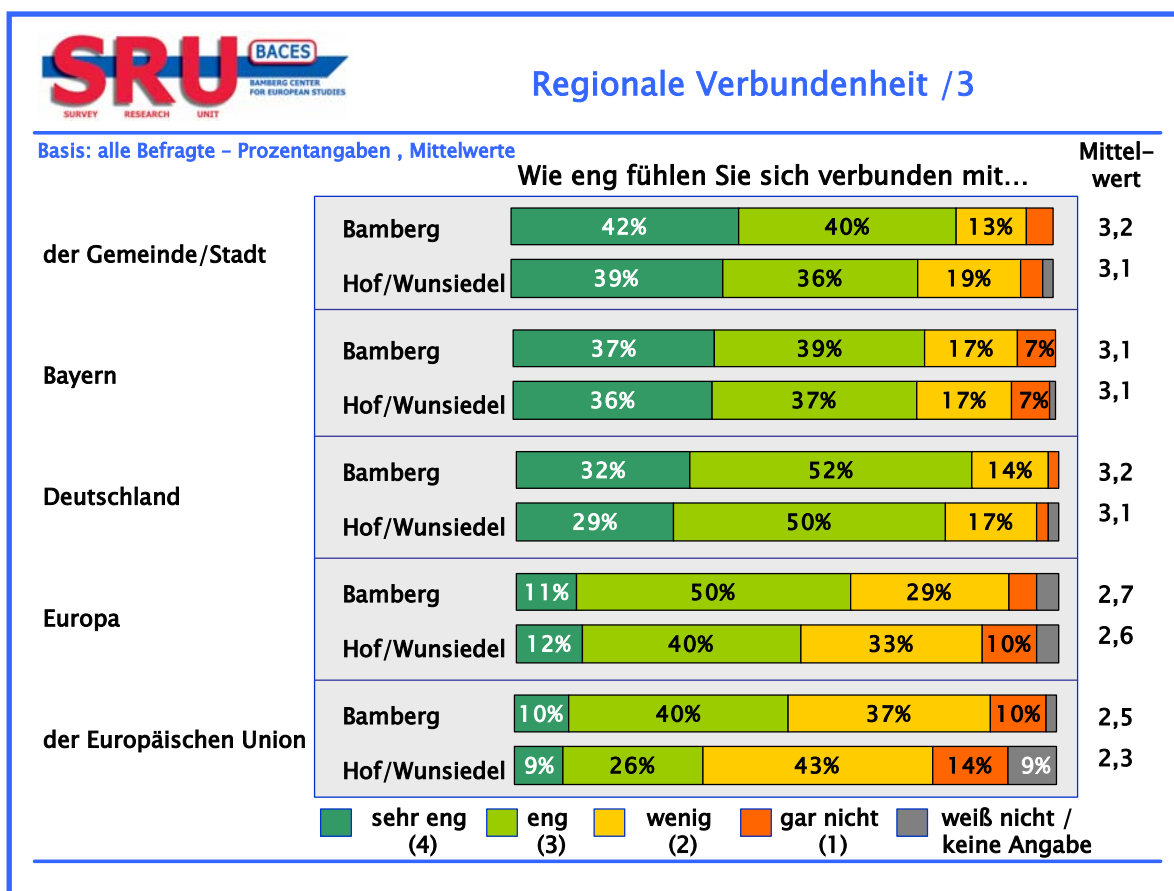


Die Verbundenheit der Oberfranken mit Europa oder der Europäischen Union ist deutlich geringer als die mit den untersuchten Regionen auf nationaler Ebene. Lediglich 57 Prozent zeigen eine „enge“ oder „sehr enge“ Verbundenheit mit Europa, und nur rund 40 Prozent fühlen sich mit der Europäischen Union eng verbunden. Der wesentliche Unterschied zur Verbundenheit mit den Regionen auf nationaler Ebene liegt zum einen in der deutlich selteneren Bekundung einer „sehr engen“ Bindung. Nur etwa jeder Zehnte fühlt sich mit Europa oder der EU „sehr eng“ verbunden. Zum anderen ist der Anteil derjenigen, die sich mit Europa und der EU „weniger eng“ oder „gar nicht eng“ verbunden fühlen, mindestens doppelt so groß wie bei den Regionen auf nationaler Ebene. Die Bindungen zu Europa und insbesondere zur Europäischen Union sind folglich eher lose, was maßgeblich auf ihre Größe und die wahrgenommene relative Bedeutungslosigkeit für das eigene Leben zurückzuführen ist. Dennoch ist die vorherrschende Stimmung weniger durch Ablehnung gegenüber Europa und der Europäischen Union als durch Desinteresse gekennzeichnet (Tabelle 12 im Anhang).

Hinsichtlich der Verbundenheit mit Deutschland und insbesondere mit Bayern gibt es keine großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Männer fühlen sich etwas stärker mit ihrem Wohnort verbunden als Frauen und bekunden auch eher Verbundenheitsgefühle mit Europa und der Europäischen Union. Mit dem Lebensalter steigen die Bindungen zu den regionalen Einheiten auf nationaler Ebene leicht an, während die zu Europa und der EU in der Tendenz abnehmen. Dabei ist auffällig, dass die 50- bis 64-Jährigen eine merklich engere Verbundenheit zu Europa und der EU empfinden als die benachbarten Altersgruppen. Da dieser Unterschied durch Lebenszykluseffekte nur schwer zu erklären ist, liegt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei um einen Generationeneffekt handelt. Es fällt auf, dass sich Befragte mit niedrigen Bildungsabschlüssen mit den untersuchten regionalen Einheiten stets weniger eng verbunden fühlen als eine der beiden anderen Bildungsgruppen. Befragte mit mittleren Abschlüssen bekunden vor allem mit ihrem Wohnort und mit Bayern überdurchschnittlich enge Verbundenheit, höher Gebildete fühlen sich am häufigsten mit Deutschland eng verbunden. Während die Stärke der Verbundenheit mit regionalen Einheiten auf der nationalen Ebene mit der formalen Bildung der Befragten in keiner linearen Beziehung steht, nimmt die Verbundenheit zu Europa und zur EU mit höheren Bildungsabschlüssen stetig und stark zu.

Die Verbundenheit zum eigenen Wohnort ist bei den Anhängern der im Landtag vertretenen Parteien ähnlich stark ausgeprägt. Die Parteianhänger von CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterscheiden sich damit deutlich von den Wählern der anderen Parteien und den Nichtwählern, die weniger Verbundenheit mit der Stadt oder Gemeinde bekunden, in der sie leben. Enge Verbundenheit mit Bayern ist vor allem in der CSU-Anhängerschaft häufig anzutreffen. SPD-Anhänger fühlen sich dagegen nur durchschnittlich eng mit Bayern verbunden, während die Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen sogar deutlich unterdurchschnittlich häufig enge Verbundenheit mit Bayern bekundet. Die Unterschiede hinsichtlich der Verbundenheit mit Deutschland sind bei den Anhängern der im Landtag vertretenen Parteien eher gering, wobei die SPD-Anhänger noch vor den CSU- und Bündnis 90/Die Grünen-Anhängern zu engen Bindungen neigen. Die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen zeichnen sich dafür durch ihre überdurchschnittlich enge Verbundenheit mit Europa und der Europäischen Union aus. Die Abstände zur SPD- und vor allem zur CSU-Anhängerschaft sind bei der Frage nach der Verbundenheit zur EU besonders groß.

Schaubild 4



Befragte aus Bamberg und Umgebung und aus der Region um Hof und Wunsiedel fühlen sich mit Bayern gleichermaßen stark verbunden (Schaubild 4). Enge Verbundenheitsgefühle gegenüber dem Wohnort und Deutschland sind im Bamberger Raum etwas häufiger anzutreffen als in der grenznahen Region zu Tschechien. Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgebieten treten vor allem bezüglich der Verbundenheit mit Europa und mit der Europäischen Union auf. Befragte aus Hof und Wunsiedel fühlen sich wesentlich seltener „eng“ und deutlich häufiger „weniger eng“ und „gar nicht eng“ verbunden als Befragte aus dem westlichen Teil von Oberfranken. Auffällig ist die vergleichsweise große Unsicherheit unter den Befragten aus dem Grenzgebiet zu Tschechien. Immerhin fast jeder zehnte Befragte aus Hof und Wunsiedel gibt keine Antwort auf die Frage nach seiner Verbundenheit mit der EU. Die fehlenden Angaben dürften dabei weniger eine Folge von Unkenntnis und geringer Betroffenheit sein, als vielmehr Ausdruck einer Verunsicherung über die Folgen der Europäischen Union und der kürzlich erfolgten EU-Osterweiterung für das eigene Leben.

Beachtliches Interesse an der Europapolitik

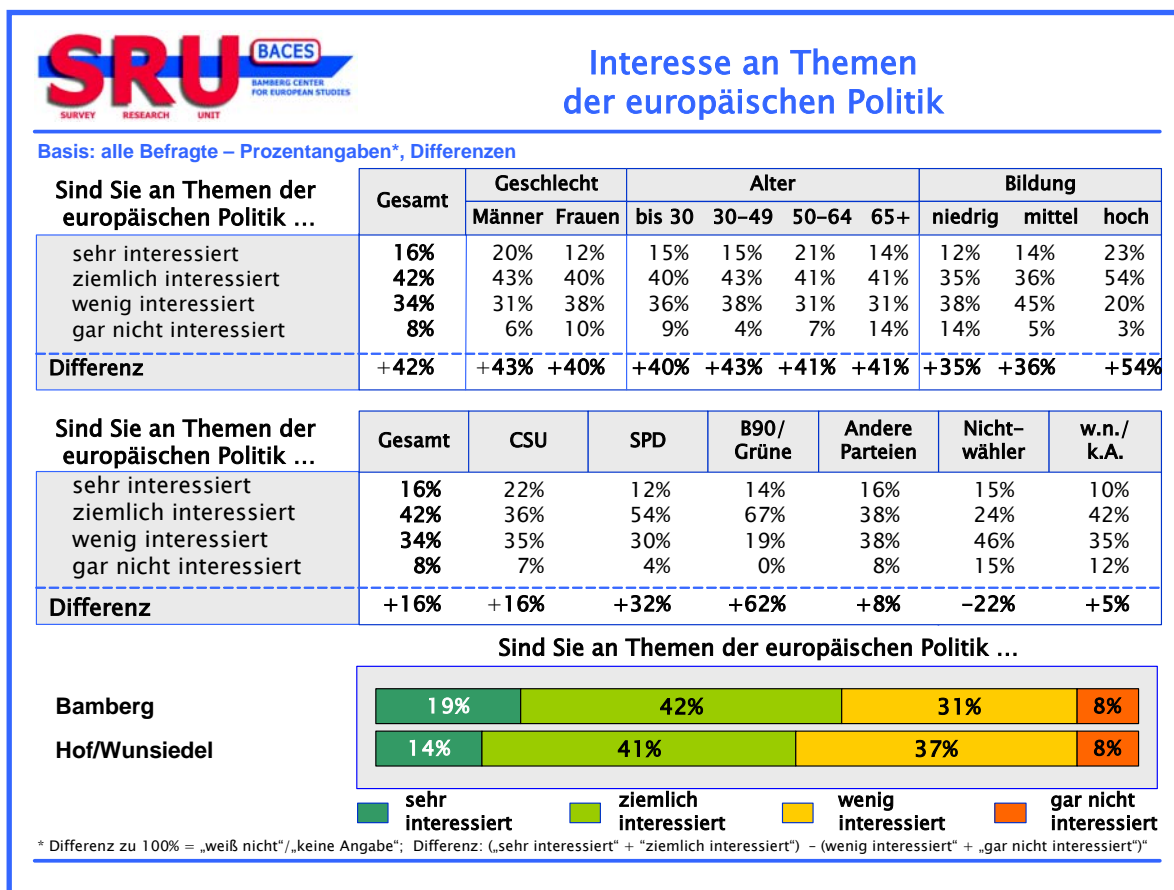
Interesse an Themen der europäischen Politik ist bei der Mehrheit der Oberfranken durchaus vorhanden. 58 Prozent bezeichnen sich in dieser Hinsicht als „sehr“ oder „ziemlich“ interessiert (Tabelle 13). Dass Männer an politischen Fragen stärker Anteil nehmen als Frauen, wird auch in dieser Umfrage bestätigt. Im Gegensatz zum Geschlecht hat das Alter der Befragten dagegen relativ wenig Einfluss auf das Interesse an europapolitischen Fragen. Lediglich die 50- bis 64-Jährigen bekunden etwas häufiger größeres Interesse als die anderen Altersgruppen. Diese Altersgruppe zeigte sich auch stärker verbunden mit der EU, insoweit ist das größere Interesse durchaus nachvollziehbar. Mit höheren Bildungsabschlüssen steigt erwartungsgemäß das Interesse an der Europapolitik, wobei sich vor allem die Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen von denen mit mittleren und niedrigen Abschlüssen unterscheiden.

Der Anteil der an europapolitischen Fragen „sehr“ und „ziemlich“ Interessierten liegt bei den CSU-Anhängern mit 58 Prozent deutlich unter dem entsprechenden Anteil der SPD- (66%) und vor allem der Bündnis 90/Die Grünen-Anhänger (63%). Bei den CSU-Anhängern gibt es mit 22 Prozent allerdings die meisten „stark“ Interessierten. Gleichzeitig sind über 40 Prozent dieser Anhängerschaft „wenig“ oder „gar nicht“ interessiert, so dass es bei der CSU-Anhängerschaft eine klare Teilung zwischen den stark und überhaupt nicht Interessierten gibt. Hierin unterscheiden sich die CSU-Anhänger besonders von den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen, bei denen zwar nur ein vergleichsweise geringer Anteil von 14 Prozent „sehr interessiert“ ist, bei denen es aber so gut wie keine Uninteressierten gibt. Zwei Drittel der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich „ziemlich interessiert“ an europapolitischen Themen.

Interesse an Europapolitik ist in Bamberg und Umgebung (61%) häufiger anzutreffen als in den grenznahen Gebieten zu Tschechien (55%). Wenn man davon ausgeht, dass die Auswirkungen der Europapolitik, vor allem nach der Osterweiterung, in den grenznahen Regionen unmittelbar erfahrbar sind, ist es zunächst unerwartet, dass in der Gegend um Hof und Wunsiedel ein Interesse an der Europapolitik seltener geäußert wird als in Bamberg. Eine mögliche Erklärung für die regionalen Unterschiede könnte in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung liegen. In Bamberg und Umgebung leben etwas mehr höher gebildete Personen, und auch das Durchschnittsalter ist etwas niedriger als in Hof und Wunsiedel. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass die Menschen in der Grenzregion zu Tschechien von der europäischen Politik keine Lösung für die Probleme vor Ort erwarten und sich deshalb von dieser politischen Ebene

noch stärker abwenden als die Bewohner aus dem westlichen Teil des Regierungsbezirks.

Tabelle 13

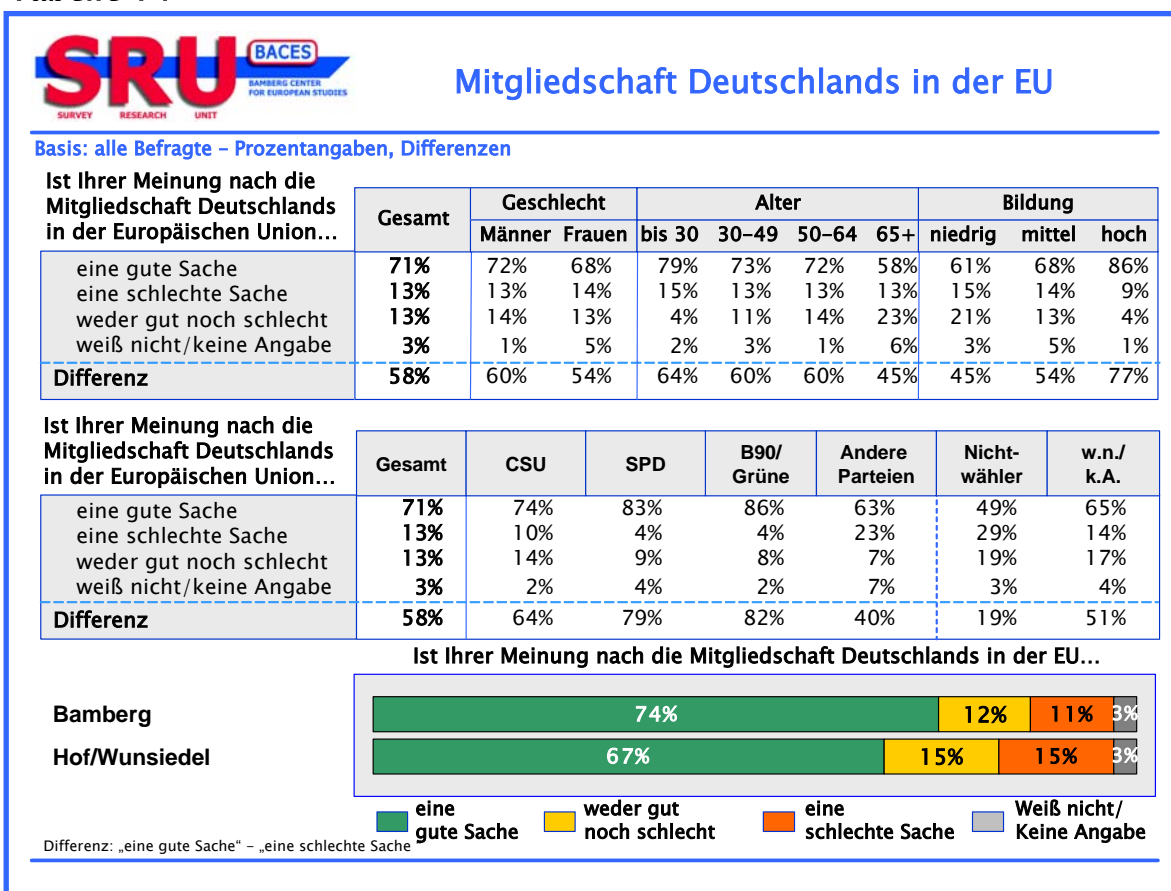


Ja zur EU-Mitgliedschaft, Nein zu einem Brüsseler Zentralismus

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union gilt der großen Mehrheit in Oberfranken vermutlich nicht als Ursache für die momentan eher schlechte allgemeine und wirtschaftliche Stimmungslage. Zumindest halten 71 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union für eine „gute Sache“, während jeweils nur rund 13 Prozent diese Mitgliedschaft als „weder gut noch schlecht“ oder sogar als eine „schlechte Sache“ bezeichnen (Tabelle 14). Männer neigen dazu, die Mitgliedschaft etwas häufiger positiv zu bewerten als Frauen, die in ihren Beurteilungen eher unsicher sind und deshalb keine Meinung zu dieser Frage äußern. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands nimmt mit dem Alter bis ins Vorrentenalter nur geringfügig ab. Erst bei den über 65-Jährigen sinkt sie dann auf 58 Prozent deutlich. Aber auch in dieser Altersgruppe steigt der Anteil derjenigen nicht an, die die Mitgliedschaft

ausdrücklich als eine „schlechte Sache“ bewerten. Vielmehr ist in dieser Gruppe der Anteil fehlender Angaben und vor allem der Anteil derjenigen, die in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands sowohl gute als auch schlechte Seiten erkennen, höher. Der überwiegende Anteil der Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen betrachtet die EU-Mitgliedschaft als eine „gute Sache“ (86%), und nur noch etwa jeder Zehnte sieht darin eine „schlechte Sache“. Bei Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen steigt erneut weniger der Anteil negativer Beurteilungen, sondern vor allem der Anteil indifferenter Bewertungen.

Tabelle 14



Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union wird mittlerweile von den Anhängern der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen häufiger als eine „gute Sache“ bewertet als von denen der CSU. Dies ist insoweit nicht selbstverständlich, als über viele Jahre die Union, zumindest auf Bundesebene, als die europafreundlichste Partei galt. Dabei muss freilich beachtet werden, dass von der CSU seit jeher der Wunsch nach Eigenständigkeit der Regionen in Europa stark hervorhoben wird und somit auch die positiven Einstellungen zur EU meist mit einem gewissen Vorbehalt behaftet sind. Bei den Anhängern der anderen Parteien und in noch höherem

Maße bei den bekennenden Nichtwählern zeigt sich eine klare Ablehnung der EU-Mitgliedschaft Deutschlands. 23 bzw. 29 Prozent dieser Gruppen bezeichnen die Mitgliedschaft als eine „schlechte Sache“. Der relativ hohe Anteil positiver Bewertungen ist dabei vor allem auf die FDP-Anhänger zurückzuführen, die aufgrund ihrer geringer Anzahl nicht gesondert ausgewiesen werden, sondern in der Kategorie „andere Parteien“ zusammengefasst werden.

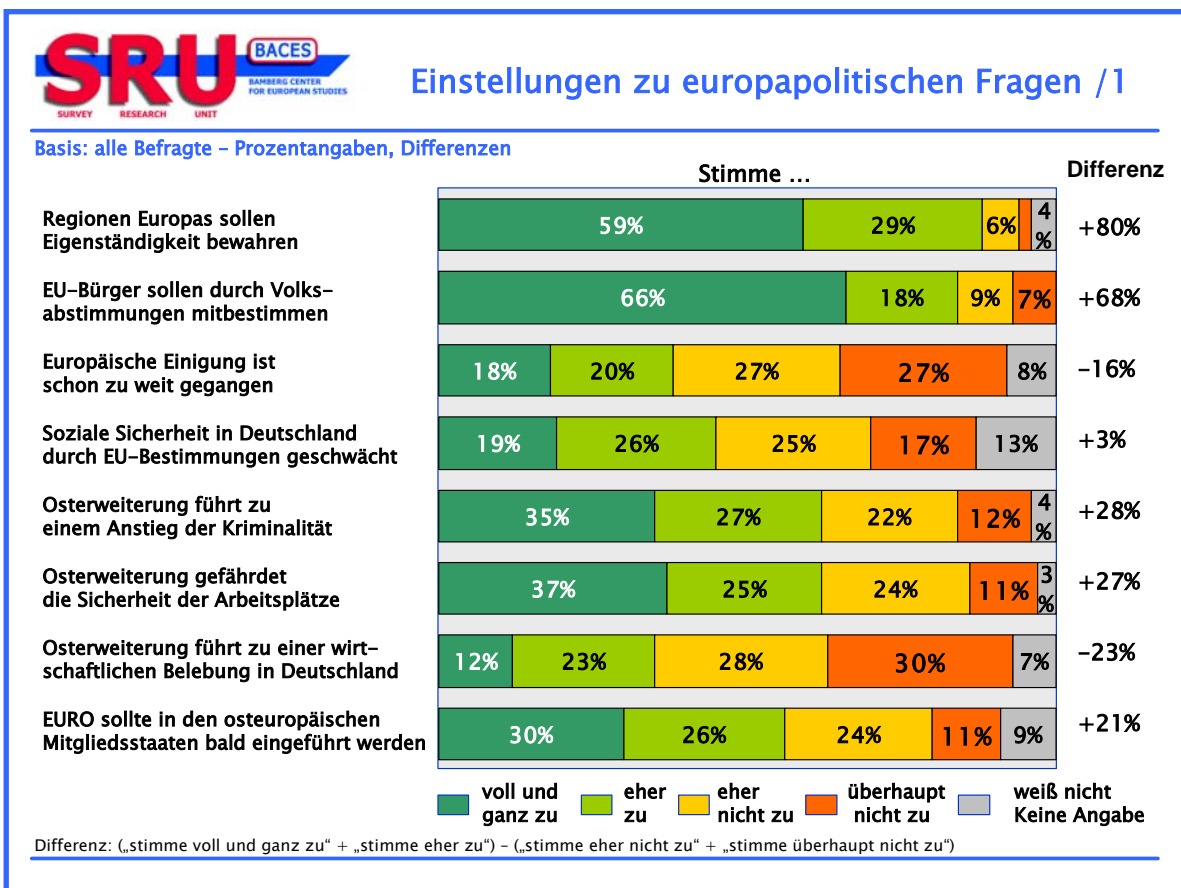
Im Vergleich zu den Unterschieden zwischen den Parteianhängern sind die regionalen Unterschiede in der Bewertung der EU-Mitgliedschaft eher gering. Fast drei Viertel der Befragten aus Bamberg und Umgebung halten die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union für eine „gute Sache“, während nur etwa jeder Zehnte diese Mitgliedschaft als eine „schlechte Sache“ bezeichnet. Die Menschen im Grenzgebiet zu Tschechien sind etwas zurückhaltender in ihrer Bewertung der deutschen EU-Mitgliedschaft, doch auch bei ihnen sehen zwei Drittel in der Mitgliedschaft insgesamt eine „gute Sache“, nur 15 Prozent beurteilen sie als schlecht.

Trotz der weit verbreiteten Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union möchten die meisten Bewohner Oberfrankens die Eigenständigkeit der Regionen in der Europäischen Union gewahrt sehen. 90 Prozent stimmen dieser Forderung zu, wobei 60 Prozent die Bewahrung regionaler Eigenständigkeit sogar „voll und ganz“ unterstützen“ (Schaubild 5). Besonders häufig wird die Erhaltung regionaler Eigenständigkeit von Frauen und vor allem Personen im Rentenalter unterstützt. Die formale Bildung und die parteipolitische Orientierung der Befragten spielt bei dieser Frage eine eher geringe Rolle, allerdings tendieren Befragte mit niedrigen Abschlüssen und die Anhänger von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eher zur Unterstützung. Befragte aus Bamberg und Umgebung sind etwas seltener als die Befragten aus Hof und Wunsiedel der festen Überzeugung, dass die „Regionen in Europa ihre Eigenständigkeit bewahren sollen“. 52 Prozent der Befragten aus dem Bamberger Raum, aber 65 Prozent aus dem Grenzgebiet unterstützen diese Forderung „voll und ganz“ und weitere 35 bzw. 24 Prozent stimmen ihr „eher“ zu.

Der Wunsch nach Eigenständigkeit und Selbstbestimmung findet seinen Ausdruck auch in der Überzeugung von 66 Prozent der Befragten, dass in der Europäischen Union bei grundlegenden Entscheidungen Volksabstimmungen durchgeführt werden sollten. Das Geschlecht und das Alter der Befragten beeinflusst die Einstellung zu dieser Forderung kaum. Personen mit hohen Bildungsabschlüssen sowie die Anhänger der in Berlin regierenden Parteien fallen durch eine vergleichsweise schwache Unterstützung für Volksabstimmungen auf. Dieses Ergebnis ist insoweit unerwartet, als sich

besonders diese Gruppen sonst durch die Befürwortung von direkter Demokratie auszeichnen. Im europäischen Zusammenhang mögen aber andere Überlegungen zum Tragen kommen als auf nationaler Ebene. So können Volksabstimmungen als mögliche Hindernisse auf dem Weg zu einer weiteren europäischen Integration wahrgenommen werden. Geht man davon aus, dass sich die Bevölkerung im grenznahen Gebiet zu Tschechien eher ein Mitspracherecht bei der EU-Osterweiterung gewünscht hätte, wird die geringfügig häufigere Zustimmung zu Volksabstimmungen bei grundlegenden Entscheidungen in der EU bei dieser Befragtengruppe nachvollziehbar. 69 Prozent der Befragten aus Hof und Wunsiedel stimmen der Forderung nach einer Stärkung der direkten Demokratie in der Europäischen Union „voll und ganz“ und weitere 17 Prozent „eher“ zu (Schaubild 6). Die entsprechenden Anteile an Zustimmung bei den Befragten aus Bamberg und Umgebung betragen 63 bzw. 18 Prozent.

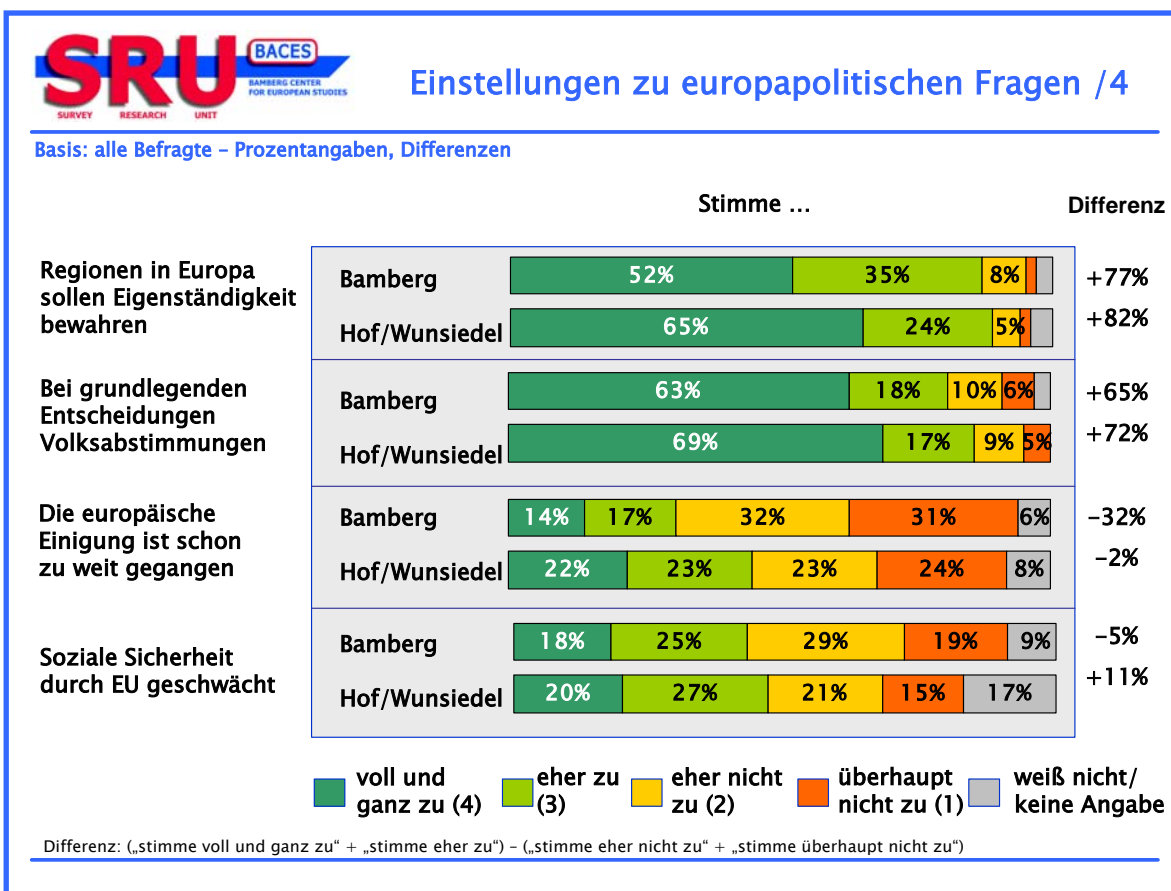
Schaubild 5



Zwar lehnt eine Mehrheit von 54 Prozent die Aussage ab, dass die europäische Einigung schon zu weit gegangen sei, und 42 Prozent widersprechen auch der Aussage, dass die soziale Sicherheit in Deutschland durch EU-Bestimmungen geschwächt wird, doch beachtliche Anteile äußern sich bei diesen Fragen skeptisch. Gleichzeitig ist auch die Verunsicherung bei diesen Fragen vergleichsweise groß, worauf die höheren Anteile von fehlenden Antworten bei diesen Fragen hindeuten. Demographische und sozialstrukturelle Merkmale stehen mit diesen europaskeptischen Einstellungen in Beziehung: Frauen sehen hinsichtlich des Umfangs und der Folgen der europäischen Einigung häufiger Probleme als Männer (Tabelle 15 im Anhang). Unter den Altersgruppen fallen vor allem Personen im Rentenalter durch skeptische Einschätzungen auf. Mit höheren Bildungsabschlüssen nimmt der Anteil derjenigen deutlich ab, die davon ausgehen, dass die europäische Einigung zu weit gegangen oder die soziale Sicherheit in Deutschland durch die EU geschwächt sei. Unter den Anhängern der politischen Parteien sind die Einstellungsunterschiede insgesamt eher gering. Zu den Ausnahmen zählen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, die wesentlich häufiger als die Anhänger der anderen Parteien die Ansicht ablehnen, dass die europäische Einigung schon zu weit gegangen sei oder dass diese Einigung zu nachteiligen sozialen Folgen in Deutschland geführt habe (Tabelle 16 im Anhang). Die bekennenden Nichtwähler äußern besonders häufig europaskeptische Ansichten.

Die regionalen Unterschiede fallen bei diesen Bewertungen der Europäischen Union größer aus als bei den vorangegangenen Fragen. Bezüglich der Aussage, dass „die europäische Einigung schon zu weit gegangen ist“, sind die Befragten aus Hof und Wunsiedel mehr oder weniger geteilter Meinung: 45 Prozent stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu, während 47 Prozent dieser Ansicht „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zustimmen. Dagegen lehnen in Bamberg und Umgebung 63 Prozent der Befragten diese Aussage ab, und nur 31 Prozent stimmen ihr zu. Somit bewerten die Befragten aus dem Bamberger Raum die Geschwindigkeit und den erreichten Stand der europäischen Einigung deutlich positiver als die Befragten aus dem Grenzgebiet zu Tschechien. Bei der Frage nach negativen Auswirkungen von EU-Bestimmungen auf die soziale Sicherheit gibt es bei den Befragten aus Hof und Wunsiedel mit 47 Prozent mehr Zustimmung als Ablehnung (36%), während in Bamberg und Umgebung Ablehnung (48%) häufiger geäußert wird als Zustimmung (43%).

Schaubild 6



Nachteile für Oberfranken durch die EU-Osterweiterung?

Die Zustimmung zur kürzlich erfolgten Erweiterung der Europäischen Union ist deutlich geringer als die grundsätzliche Zustimmung zu einer Mitgliedschaft Deutschlands. Die Hälfte der Befragten erwartet von der kürzlich erfolgten EU-Erweiterung für Deutschland „eher Nachteile“, nur 37 Prozent erwarten „eher Vorteile“ (Tabelle 17). Zwölf Prozent haben diesbezüglich keine Meinung. Diese eher verhaltenen Erwartungen sind allerdings immer noch merklich positiver als die Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen der Aufnahme osteuropäischer Länder in die EU für die eigene Region. 64 Prozent befürchten hier „eher Nachteile“, während 27 Prozent „eher Vorteile“ sehen. Der geringere Anteil von „weiß nicht“-Angaben bei der Frage nach den regionalen Auswirkungen deutet zudem darauf hin, dass die Befragten bei ihren skeptischen Einschätzungen der Folgen für die eigene Region klarere Vorstellungen haben als bei der Einschätzung der Auswirkungen der EU-Osterweiterung für Deutschland.

Tabelle 17

	Gesamt	Geschlecht		Alter				Bildung		
		Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch
Erwarten Sie von der EU-Osterweiterung eher Vor- oder eher Nachteile?										
erwarte eher Vorteile	37%	42%	32%	44%	36%	38%	34%	27%	34%	53%
erwarte eher Nachteile	51%	48%	55%	49%	56%	50%	47%	60%	59%	33%
weiß nicht/keine Angabe	12%	10%	13%	7%	8%	12%	19%	13%	7%	14%
Differenz	-14%	-6%	-23%	-5%	-20%	-12%	-13%	-33%	-25%	20%
Erwarten Sie von der EU-Osterweiterung eher Vor- oder eher Nachteile für Ihre Region?										
erwarte eher Vorteile	27%	33%	21%	32%	28%	26%	22%	21%	20%	40%
erwarte eher Nachteile	64%	61%	67%	61%	64%	65%	66%	69%	73%	50%
weiß nicht/keine Angabe	9%	6%	12%	7%	8%	9%	12%	10%	7%	10%
Differenz	-38%	-28%	-46%	-29%	-36%	-39%	-44%	-48%	-53%	-10%


Differenz: „erwarte eher Vorteile“ - „erwarte eher Nachteile“

Beim Gedanken an die Folgen der EU-Osterweiterung für Deutschland und für die eigene Region zeigen sich Frauen etwas besorgter als Männer. Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt der Anteil derjenigen, die die Folgen der EU-Osterweiterung nicht bewerten wollen. Hinsichtlich der geäußerten Erwartungen fallen unter den untersuchten Altersgruppen die Jungen durch ihre vergleichsweise optimistische Sichtweise auf. Einen starken Einfluss auf die Erwartungen der Folgen der EU-Osterweiterung übt die Bildung der Befragten aus. Der Anteil derjenigen, die „eher Vorteile“ erwarten, nimmt mit höheren Bildungsabschlüssen stetig zu, so dass unter den Befragten mit Abitur oder einem Hochschulabschluss mehr als die Hälfte Vorteile der EU-Osterweiterung für Deutschland wahrnimmt und auch für die eigene Region überdurchschnittlich häufig Vorteile erkennt. Bemerkenswert ist zudem der beachtliche Anteil von unsicheren Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen. Von dieser Bevölkerungsgruppe würde man aufgrund des in der Regel besseren Informationsstandes einen geringen Anteil von „weiß nicht“-Angaben erwarten. Dass bei diesen Fragen 14 bzw. zehn Prozent der höher Gebildeten keine Angaben machen, unterstreicht,

dass die Folgen der EU-Osterweiterung für viele schwer einzuschätzen sind.

Anhänger der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen erwarten viel häufiger Vorteile von der EU-Osterweiterung für Deutschland und für die eigene Region als die Anhänger der CSU, der anderen Parteien oder gar Nichtwähler (Tabelle 18). Allerdings sehen nur bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen jeweils mehr Befragte Vorteile als Nachteile der EU-Osterweiterung sowohl für Deutschland als auch für die eigene Region voraus. Besonders groß sind die Unterschiede zwischen Personen mit verschiedenen parteipolitischen Orientierungen bei der Frage nach den Auswirkungen der Erweiterung auf die eigene Region. Drei Viertel der Sympathisanten der kleinen Parteien und zwei Drittel der CSU-Anhänger erwarten hier eher Nachteile, während die entsprechenden Anteile bei den SPD-Anhängern 53 und bei denen von Bündnis 90/Die Grünen nur 43 Prozent betragen.

Tabelle 18

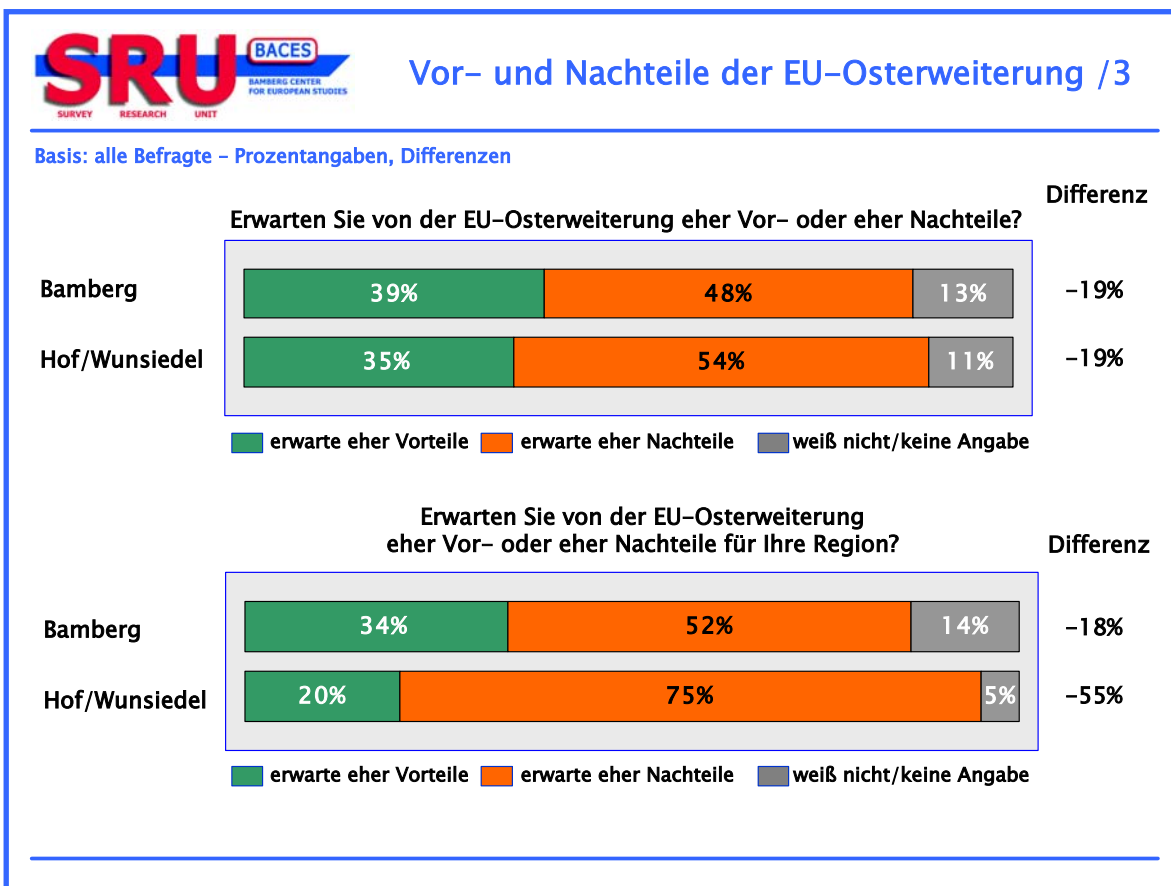
		 Vor- und Nachteile der EU-Osterweiterung / 2						
		Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen						
		Bundestagswahlabsicht						
		Gesamt	CSU	SPD	B90/ Grüne	Andere Parteien	Nicht- wähler	w.n./ k.A.
Erwarten Sie von der EU-Osterweiterung eher Vor- oder eher Nachteile?	erwarte eher Vorteile	37%	36%	56%	59%	34%	13%	30%
	erwarte eher Nachteile	51%	51%	34%	31%	66%	76%	52%
	weiß nicht/keine Angabe	12%	13%	10%	10%	0%	10%	18%
	Differenz	-14%	-15%	22%	29%	-32%	-63%	-22%
Erwarten Sie von der EU-Osterweiterung eher Vor- oder eher Nachteile für Ihre Region?	erwarte eher Vorteile	27%	23%	42%	51%	16%	12%	24%
	erwarte eher Nachteile	64%	68%	53%	43%	75%	79%	62%
	weiß nicht/keine Angabe	9%	9%	5%	6%	9%	9%	13%
	Differenz	-38%	-45%	-12%	8%	-59%	-67%	-38%

Differenz: „erwarte eher Vorteile“ – „erwarte eher Nachteile“

In beiden Regionen Oberfrankens erwarten mehr Befragte eher Nachteile als Vorteile von der EU-Osterweiterung, wobei die Erwartungen bezüglich der Auswirkungen der Erweiterung für Deutschland erneut etwas positiver

ausfallen als hinsichtlich der Auswirkungen für die jeweils eigene Region. So glauben in Bamberg und Umgebung 48 und in Hof und Wunsiedel 54 Prozent der Befragten, dass die Osterweiterung für Deutschland „eher Nachteile“ bringen wird, während nur 39 bzw. 35 Prozent an das Überwiegen der Vorteile glauben. Damit übertreffen in Bamberg die negativen die positiven Erwartungen um neun Prozentpunkte, während die entsprechende Differenz in Hof und Wunsiedel 19 Prozentpunkte beträgt.

Schaubild 7



Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung für die eigene Region werden in der Grenzregion zu Tschechien besonders skeptisch beurteilt. Drei Viertel der dortigen Befragten erwarten von der EU-Osterweiterung „eher Nachteile“ für ihre Region, und nur für jeden Fünften überwiegen die Vorteile. Vergleichsweise weniger negativ beurteilen dagegen die Befragten aus Bamberg und Umgebung die Folgen der EU-Osterweiterung für ihre Region. Zwar erwartet auch hier rund jeder Zweite von der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten in die EU „eher Nachteile“ für die Region, doch immerhin jeder Dritte ist der Überzeugung, dass die Vorteile überwiegen werden.

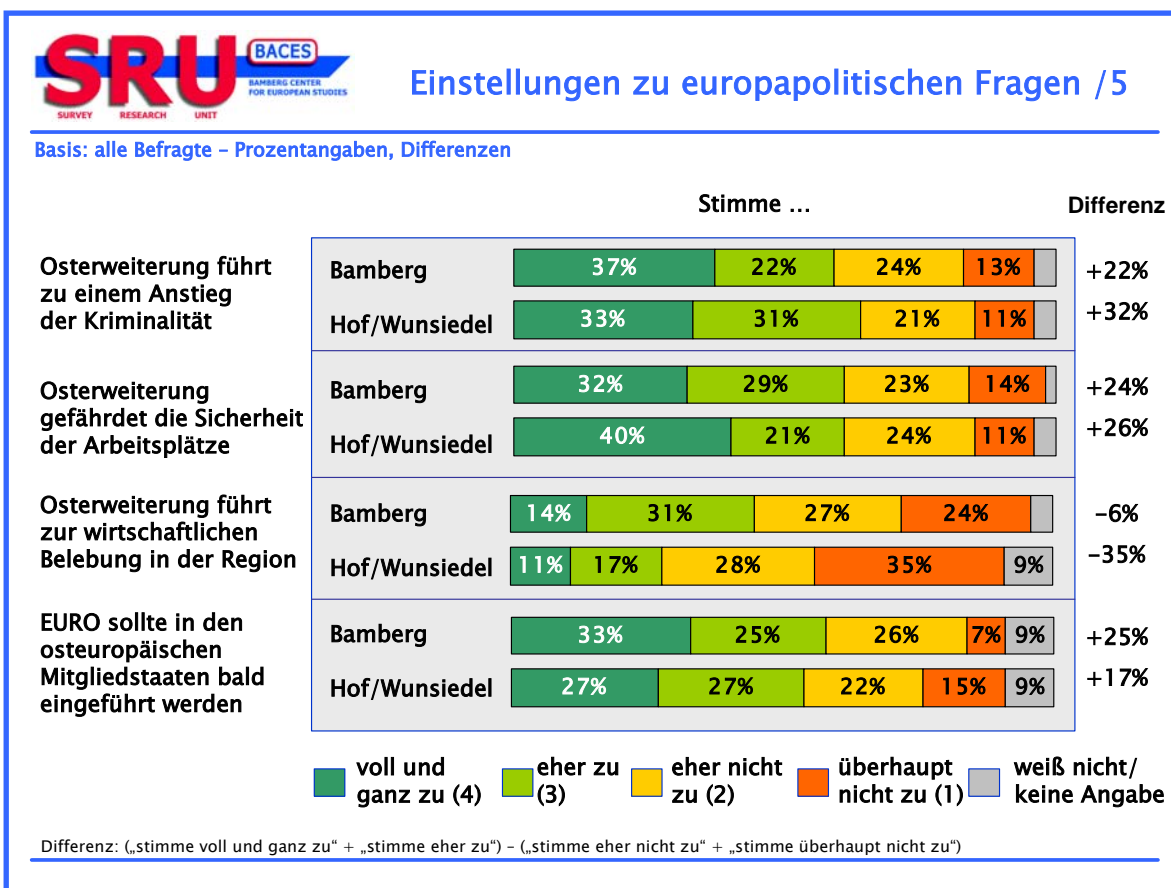
Zu den erwarteten Nachteilen der EU-Osterweiterung zählen vor allem die potentielle Gefährdung von Arbeitsplätzen sowie ein Anstieg der Kriminalität. Der Aussage, dass die „Osterweiterung zu einem Anstieg der Kriminalität führen wird“, stimmen 62 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Rund 60 Prozent der Befragten sind auch der Meinung, dass die „Osterweiterung die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet“. Frauen und Männer zeigen sich ähnlich besorgt, wobei Frauen eine Gefährdung der Arbeitsplatzsicherheit durch die Osterweiterung geringfügig häufiger erkennen. Unter den Altersgruppen machen sich vor allem Befragte im Rentenalter Sorgen wegen eines möglichen Anstiegs der Kriminalität, während Befürchtungen aufgrund der Gefährdung von Arbeitsplätzen vor allem bei den 30- bis 49-Jährigen häufig anzutreffen sind. Dabei sind die altersabhängigen Einstellungsunterschiede bei der Frage nach der Sicherheit der Arbeitsplätze allerdings geringer als bei der Frage nach dem Anstieg der Kriminalität. Die formale Bildung der Befragten steht erneut in einem engen Zusammenhang zu den Sorgen der Befragten. Je höher der Bildungsabschluss, umso weniger wird ein Anstieg der Kriminalität oder eine Gefährdung der Arbeitsplatzsicherheit befürchtet.

Die Sorge um steigende Kriminalität nach der EU-Osterweiterung ist in Bamberg und Umgebung (59%) etwas geringer als in Hof und Wunsiedel (64%, vgl. Schaubild 8). Obwohl sich in der Grenzregion insgesamt etwas mehr Befragte besorgt zeigen, sind die starken Befürchtungen unter den Befragten aus Bamberg und Umgebung etwas häufiger anzutreffen (37%) als bei denen aus Hof und Wunsiedel (33%). Ähnlich viele Befragte aus beiden Regionen stimmen auch der Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu, dass die „Osterweiterung die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet“. Diesmal sind aber die starken Befürchtungen in Hof und Wunsiedel etwas mehr verbreitet als im Bamberger Raum, denn in der Grenzregion stimmen 40 Prozent dieser Aussage „voll und ganz“ zu, während dies in Bamberg und Umgebung nur 32 Prozent der Befragten tun. Große Sorgen bereitet die EU-Osterweiterung in Hof und Wunsiedel also vor allem wegen der erwarteten Gefährdung der Arbeitsplätze, während in Bamberg und Umgebung eher der Anstieg der Kriminalität Anlass zu starken Befürchtungen gibt.

Dass die Befragten in der EU-Osterweiterung vor allem neue Probleme und kaum neue Chancen erkennen, wird an der geringen Zustimmung zur Aussage ersichtlich, dass die „Osterweiterung zur wirtschaftlichen Belebung in der Region führt“. 35 Prozent aller Befragten stimmen dieser Aussage zu, während 58 Prozent sie ablehnen. Die große Übereinstimmung bei dieser Frage lässt sich an den geringen geschlechts- und altersspezifischen Unterschieden ablesen. Auch der Bildungsabschluss der Befragten steht in keiner starken Beziehung zu den Einschätzungen der wirtschaftlichen Fol-

gen der EU-Osterweiterung für die eigene Region. Allerdings ist der Glaube an eine wirtschaftliche Belebung als Folge der EU-Osterweiterung bei höher Gebildeten verbreiteter. Am stärksten differenzieren noch die parteipolitischen Orientierungen die Einschätzungen der Wahrscheinlichkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Osterweiterung. Die Anhänger der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gehören erneut zu den vergleichsweise optimistischen Befragten.

Schaubild 8



In Hof und Wunsiedel stimmen der Aussage, dass die EU-Osterweiterung zu einer wirtschaftlichen Belebung der Region führen wird, nur 28 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ zu, und auch in Bamberg liegt der Anteil der Zustimmung mit 45 Prozent unter dem der Ablehnung (51%). An eine wirtschaftliche Belebung in der Region durch die Osterweiterung wollen im tschechischen Grenzgebiet sogar 35 Prozent der Befragten „überhaupt nicht“ glauben und weitere 28 Prozent haben zumindest größere Zweifel. Offenkundig sind die derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen im Grenzgebiet ungeeignet, in der Bevölkerung Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region zu wecken.

Trotz der beachtlichen Vorbehalte gegenüber der EU-Osterweiterung und ihren Folgen glaubt die Mehrheit, dass der „EURO in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten bald eingeführt werden sollte“ (56%). Fast jeder Zehnte ist sich bei dieser Frage allerdings nicht sicher und gibt keine Antwort. Frauen und Männer sind hinsichtlich des Wunsches nach baldiger Einführung des EURO in den neuen Mitgliedstaaten weitgehend einer Meinung. Unter den Altersgruppen fallen nur die Jungen auf, die sich etwas weniger stark für eine baldige Ausweitung des EURO-Raumes aussprechen als die älteren Befragtengruppen. Dies ist insoweit unerwartet, als die Jungen sich in der Regel wegen der EU-Osterweiterung weniger besorgt zeigen und auch seltener die Ansicht vertreten, dass die europäische Einigung schon zu weit gegangen sei. Eine überdurchschnittlich starke Zustimmung zur baldigen EURO-Einführung in den osteuropäischen Mitgliedstaaten findet sich bei Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen. Während dieses Ergebnis durchaus zu den anderen Befunden passt, überraschen wiederum die Ergebnisse für die nach parteipolitischer Orientierung unterteilten Gruppen. SPD-Anhänger würden am ehesten eine baldige Einführung des EURO in den neuen Mitgliedstaaten begrüßen, gefolgt von den Anhängern der CSU und von Bündnis 90/Die Grünen. Dass die letzte Gruppe vergleichsweise seltener für die Einführung des EURO eintritt, ist angesichts der geäußerten positiven Meinung zum europäischen Einigungsprozess sowie angesichts der vergleichsweise geringen Ängste aufgrund der Osterweiterung auffällig.

In beiden Untersuchungsgebieten stimmt eine Mehrheit der Aussage zu, dass der „EURO in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten bald eingeführt werden sollte“. In Hof und Wunsiedel fällt die Zustimmung mit 54% allerdings etwas schwächer aus als im Bamberger Raum (58%), und auch starke Ablehnung ist hier mit 15 Prozent mehr als doppelt so häufig anzutreffen wie in Bamberg und Umgebung (7%). Dennoch zeigen diese Meinungsverteilungen, dass ein beachtlich großer Anteil der oberfränkischen Bevölkerung für eine weitere Vertiefung der Beziehungen in der Europäischen Union zumindest offen ist.

Zusammenfassung

Die kürzlich erfolgte Erweiterung der Europäischen Union wirkt sich in Oberfranken stärker auf die Lebensverhältnisse der Bürger aus als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Die Ergebnisse der vorliegenden Regionalstudie zeigen für Oberfranken eine insgesamt verhaltene allgemeine Stimmungslage sowie eine überwiegend skeptische Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung. Aber auch in Oberfranken fühlen sich die Bürger durch die Aufnahme der zehn ost- und südeuropäischen Staaten in die EU nicht überall gleichermaßen betroffen. Der Vergleich der Einstellungen zu europapolitischen Fragen der Bewohner aus dem Bamberger Raum und aus der Region um Hof und Wunsiedel belegt die größeren Belastungen, denen die Bevölkerung in den Grenzregionen ausgesetzt ist.

Es zeigt sich unter anderem, dass die Bewohner der grenznahen Gebiete in Oberfranken deutlich weniger zuversichtlich sind als die Bürger aus dem westlich gelegenen Teil des Regierungsbezirks. Sie kommen aufgrund der objektiv schwierigeren ökonomischen Lage vor Ort, die allerdings auch schon vor der EU-Osterweiterung bestand, zu einer schlechteren und pessimistischeren Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage. Zwar befürworten die Bewohner der Landkreise Hof und Wunsiedel grundsätzlich die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union, doch wünschen sie sich noch häufiger als die Bewohner aus dem Bamberger Raum den Erhalt der regionalen Eigenständigkeit und die Stärkung der direkten Mitbestimmung der Bürger bei wichtigen EU-Entscheidungen. Zudem nehmen die Bewohner der Grenzregion deutlich mehr Nachteile der Osterweiterung wahr, vor allem wenn sie deren Folgen für die eigene Region beurteilen sollen. Besonders sorgen sie sich wegen der Gefährdung der regionalen Arbeitsplätze durch die tschechische Konkurrenz und des möglichen Anstiegs der Kriminalität nach der Abschaffung der Grenzkontrollen. Bedenklich ist vor allem der fehlende Glaube an die Chancen der EU-Erweiterung. In Hof und Wunsiedel ist nur eine kleine Minderheit überzeugt, dass die Osterweiterung zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft führen wird, wenngleich der europäische Einigungsprozess nicht grundsätzlich abgelehnt wird und auch dessen Fortführung Zustimmung findet.

Wertet man die erhobenen Daten getrennt nach Geschlecht, Alter oder formalem Bildungsstand aus, lässt sich zunächst feststellen, dass die Zustimmung zur Entwicklung in der Europäischen Union bei den männlichen Befragten im Hinblick auf wirtschaftliche Aspekte etwas stärker ausgeprägt ist als bei den weiblichen. Diese Beobachtung deckt sich mit den eingangs erwähnten Daten, die bei Frauen eine generell negativere Einschätzung der Wirtschaftslage und der Zukunftsaussichten bestätigen. Eine

vergleichsweise große Offenheit gegenüber der Europäischen Union lässt sich bei jüngeren Befragten beobachten. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Gruppe der bis 30-Jährigen am stärksten die Vorteile der EU-Erweiterung betont, scheint sich eine positive Grundhaltung gegenüber der europäischen Integration speziell bei der jungen Generation durchgesetzt zu haben. Daher erscheint es als wahrscheinlich, dass die Zustimmung zu einem vereinten Europa in Zukunft höher sein wird als noch im Moment – wächst inzwischen doch offenbar eine junge Generation heran, die der europäischen Integration positiv gegenüber steht. Bei älteren Befragten überwiegt derzeit die Skepsis; vor allem die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und die ökonomischen Konsequenzen einer vergrößerten EU stehen einer stärkeren Akzeptanz des Europa-Gedankens anscheinend entgegen.

Gerade die Einschätzung der Auswirkungen, die die europäische Integration auf die Entwicklung Oberfrankens und Deutschlands mit sich bringt, unterscheidet zudem die unterschiedlich gebildeten Schichten. Besonders die hohe Zahl der Befragten mit niedriger Bildung, die für ihre Region deutliche Nachteile aus der EU-Osterweiterung erwachsen sehen, kann hier als kritisch bewertet werden. Festgehalten werden muss aber gleichzeitig, dass die Erweiterung und die Vertiefung der EU bei den überdurchschnittlich gebildeten Befragten durchaus als positive Chance gedeutet wird; eine Tatsache, die wohl einerseits auf ein tiefer gehendes Verständnis für die oft als unüberschaubar kritisierten Entscheidungsprozesse in den europäischen Institutionen zurückgeführt werden kann, andererseits auf ein stärkeres Bewusstsein gegenüber dem ideellen Wert eines vereinten Europas.


Bei der Betrachtung der Antworten fällt unter dem Gesichtspunkt der parteipolitischen Orientierung der Befragten zunächst auf, dass die Anhänger der CSU die meisten Vorbehalte gegenüber der Europäischen Union äußern – eine Beobachtung, die sowohl für die Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung als auch des Zustands der Demokratie belegt ist. Dies ist insofern interessant, als dass gerade die Unionsparteien programmatisch mit am stärksten europafreundlich ausgerichtet sind. Eine mögliche Erklärung könnte in der starken Betonung des Regional- und Subsidiaritätsgedankens liegen, die vor allem die CSU immer wieder vornimmt und bei ihrer Anhängerschaft auf diesem Weg zu einem gewissen Vorbehalt gegenüber der EU beitragen könnte. Die Befragten, die sich zu einer der Berliner Regierungsparteien bekennen, sind hinsichtlich ihrer Einschätzung von Zustand und Entwicklung der europäischen Integration optimistischer eingestellt, was wohl auch damit zu tun hat, dass die deutsche Außenpolitik im Augenblick von den von ihnen bevorzugten Parteien gestaltet wird. Sozialdemokratische Wähler sind allerdings teils indifferent;

so erwarten sie zwar einerseits eine wirtschaftliche Belebung in den Grenzgebieten, sind gegenüber der Demokratie in Europa andererseits aber doch mehrheitlich skeptisch. Auch liegen sie bei der Einschätzung, ob die Integration in der EU schon zu weit gegangen sei, näher an der CSU als an Bündnis 90/Die Grünen. Bei den großen Volksparteien findet sich also eine eher vorsichtige Bewertung europapolitischer Entwicklungen: leicht skeptisch bei der Union, leicht optimistisch bei der SPD. Lediglich die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind fast uneingeschränkt zuversichtlich und weisen formal die höchste Zustimmung zur EU auf, unabhängig davon, ob sie nach wirtschaftlichen, sozialen oder regionalen Themen befragt werden. Diese Feststellung wird durch die Wählerstruktur der Partei verständlich: Ihre Anhänger finden sich verstärkt bei Personen mit hoher Schulbildung und bei den Jüngeren, die sich am stärksten zu Europa bekennen. Abschließend ist aber festzuhalten, dass die durchschnittliche Zustimmung der Anhänger aller drei im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien zur EU-Integration immer noch deutlich höher liegt als der Wert bei den Nichtwählern oder Unentschlossenen. Dadurch wird die These gestützt, dass es sich bei dieser Personengruppe eben nicht nur um desinteressierte Bürger handelt, sondern hier vielmehr auch oft eine bewusste Entscheidung aufgrund inhaltlicher Unzufriedenheit oder Enttäuschung gegen die EU vorliegt.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass alle angesprochenen Gesichtspunkte im oberfränkischen Grenzgebiet zu Tschechien von einer latenten Sorge um die Zukunft der eigenen Region begleitet werden. Um daher positive Einstellungen der Bürger gegenüber der Europäischen Union zu erhalten und zu stärken, muss die Politik die schwierige Lage der Bevölkerung in diesen Gegenden erkennen und nach Möglichkeit gegensteuern. Zu den erforderlichen Maßnahmen zählt vorrangig die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, die die Folgen der unterschiedlichen Voraussetzungen diesseits und jenseits der Grenze abmildern. Zusätzlich kann durch das Aufzeigen der zweifellos vorhandenen Chancen der europäischen Einigung und durch die stärkere Betonung der Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung bei der Bewältigung der bestehenden Schwierigkeiten die Unterstützung der Bevölkerung für die EU erhöht werden. Gelingt es allerdings nicht, insbesondere die Menschen im Grenzgebiet von den Vorteilen der Osterweiterung stärker zu überzeugen, droht eine weitere Abwanderung insbesondere der Jugend und eine weitere Schwächung der regionalen Wirtschaft. Abschließend sei darauf verwiesen, dass die gewonnenen Ergebnisse wohl auch auf andere Gebiete in Bayern übertragbar sind, denn die Problem- und Stimmungslagen in den grenznahen und -fernen Gebieten der Oberpfalz und Niederbayerns dürften ähnlich unterschiedlich sein wie in Oberfranken.

Anhang

Tabelle 7

		Aktuelle Bundestagswahlabsicht und Rückerinnerung Bundestagswahl 2002			
Basis: alle Befragte – Prozentangaben					
	Aktuelle Wahlabsicht BTW	Rück- erinnerung BTW 2002	Amtliches Endergebnis BTW 2002	Aktuelle Wahlabsicht nach Recall Gewichtung*	
CSU/CSU	52%	48%	57%	61%	
SPD	21%	36%	30%	15%	
B90/Die Grünen	14%	9%	6%	11%	
Andere Parteien	13%	7%	7%	13%	
Summe	100%	100%	100%	100%	
würde nicht wählen/ habe nicht gewählt/ war nicht wahlberechtigt	30%	19%	20%	31%	

Aktuelle Wahlabsicht BTW (gewichtet) = „aktuelle BTW Wahlabsicht“ + Recall Gewicht
 Recall Gewicht = („amtliches Endergebnis BTW 2002“ – „Rückerinnerung BTW 2002“)

Tabelle 8


		Haltequoten der Parteien						
Basis: alle Befragte – Prozentangaben								
Rückerinnerung Bundestagswahl 2002								
Bundestagswahlabsicht	CSU	SPD	B90/ Grüne	Andere Partei	Nicht- wähler	Nicht wahl- berechtigt	Vergessen w.n./k.A.	
CSU	70%	15%	3%	22%	13%	50%	12%	
SPD	2%	43%	3%	7%	4%	7%	5%	
Bündnis 90/Die Grünen	2%	8%	85%	7%	4%	7%	2%	
Andere Parteien	6%	8%	3%	53%	9%	0%	7%	
Würde nicht wählen	6%	18%	3%	11%	61%	7%	14%	
Weiß nicht/keine Angabe	14%	8%	3%	0%	9%	29%	60%	

Tabelle 12

Wie eng fühlen Sie sich verbunden mit...		Gesamt	Geschlecht		Alter				Bildung		
			Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch
der Gemeinde/Stadt		3,2	3,2	3,1	2,9	3,1	3,2	3,3	3,1	3,3	3,1
Bayern		3,1	3,1	3,0	2,9	3,0	3,1	3,2	3,0	3,2	3,0
Deutschland		3,1	3,1	3,1	3,0	3,0	3,1	3,3	3,1	3,0	3,2
Europa		2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,8	2,6	2,5	2,6	2,9
Europäische Union		2,4	2,5	2,4	2,6	2,4	2,5	2,3	2,2	2,3	2,7

sehr eng (4), eng (3), weniger eng (2), gar nicht eng (1)

Wie eng fühlen Sie sich verbunden mit...		Gesamt	CSU	SPD	B90/Grüne	Sonstige	Nichtwähler	w.n./k.A.
Bayern		3,1	3,3	3,0	2,8	2,8	2,7	3,2
Deutschland		3,1	3,2	3,3	3,1	3,0	2,8	3,1
Europa		2,6	2,6	2,8	2,9	2,7	2,3	2,7
Europäische Union		2,4	2,4	2,6	2,9	2,5	1,9	2,4


sehr eng (4), eng (3), weniger eng (2), gar nicht eng (1)

Tabelle 15

Zustimmung zu folgenden Aussagen*		Gesamt	Geschlecht		Alter				Bildung		
			Männer	Frauen	bis 30	30-49	50-64	65+	niedrig	mittel	hoch
Regionale Eigenständigkeit in Europa bewahren		3,5	3,4	3,6	3,4	3,5	3,4	3,7	3,6	3,5	3,5
Bei grundlegenden Entscheidungen Volksabstimmungen		3,5	3,4	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6	3,2
Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen		2,3	2,2	2,5	2,1	2,2	2,2	2,7	2,6	2,4	1,9
Schwächung der sozialen Sicherheit durch EU		2,6	2,5	2,6	2,2	2,6	2,6	2,8	2,8	2,5	2,2
Anstieg der Kriminalität durch die Osterweiterung		2,9	2,9	2,9	2,5	2,9	2,9	3,1	3,2	2,9	2,5
Gefährdung der Arbeitsplatzsicherheit durch Osterweiterung		2,9	2,8	2,9	2,7	3,0	2,8	2,9	3,2	2,9	2,4
Wirtschaftlichen Belebung in der Region durch Osterweiterung		2,2	2,2	2,2	2,3	2,2	2,1	2,2	2,0	2,2	2,4
Baldige Einführung des EURO in osteuropäischen Mitgliedstaaten		2,8	2,8	2,8	2,7	2,9	2,8	2,8	2,7	2,8	3,0

* Stimme voll und ganz zu (4), stimme eher zu (3), stimme eher nicht zu (2), stimme überhaupt nicht zu zu (1)

Tabelle 16

 Einstellungen zu europapolitischen Fragen /3		Bundestagswahlabsicht						
		Gesamt	CSU	SPD	B90/ Grüne	Andere Parteien	Nicht- wähler	w.n./ k.A.
Zustimmung zu folgenden Aussagen*								
Regionale Eigenständigkeit in Europa bewahren		3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	3,4	3,6
Bei grundlegenden Entscheidungen Volksabstimmungen		3,5	3,5	3,1	3,2	3,6	3,7	3,5
Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen		2,3	2,3	2,2	1,6	2,3	2,9	2,4
Schwächung der sozialen Sicherheit durch EU		2,6	2,6	2,5	2,1	2,5	2,8	2,5
Anstieg der Kriminalität durch die Osterweiterung		2,9	3,0	2,6	2,2	2,9	3,2	2,9
Gefährdung der Arbeitsplatzsicherheit durch Osterweiterung		2,9	2,9	2,4	2,5	3,1	3,4	2,9
Wirtschaftlichen Belebung in der Region durch Osterweiterung		2,2	2,1	2,5	2,6	2,1	2,0	2,1
Baldige Einführung des EURO in osteuropäischen Mitgliedstaaten		2,8	2,9	3,0	2,8	2,5	2,6	2,9

* Stimme voll und ganz zu (4), stimme eher zu (3), stimme eher nicht zu (2), stimme überhaupt nicht zu zu (1)

The Authors:

Dr. Zoltán Juhász

BACES-SRU

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

D-96045 Bamberg

Tel.: ++49 951 863-2577

E-mail: zoltan.juhasz@baces.uni-bamberg.de

Prof. Dr. Hans Rattinger

Chair of Political Sciences (Focal Area: Political Sociology)

Faculty of Social and Economic Science

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

D-96045 Bamberg

Tel.: ++49 951 863-2605

E-mail: hans.rattinger@sowi.uni-bamberg.de